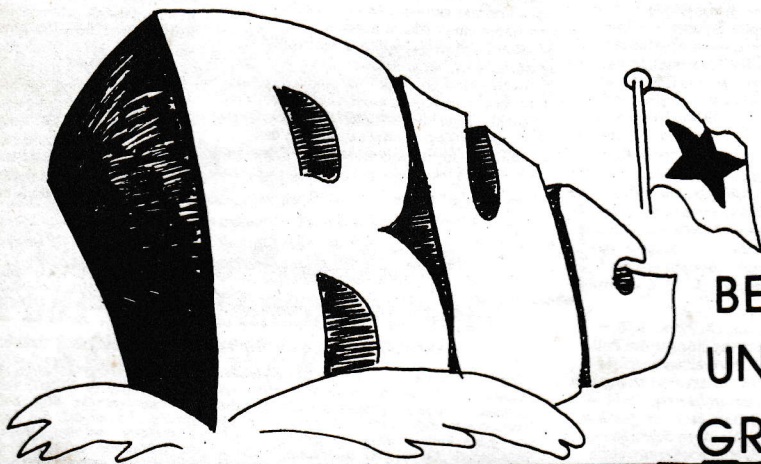


brd 0.70

0.50 DM



BERLINER
UNDOGMATISCHE
GRUPPEN

1002

1. Jhg

wöchentlich 12.12.1977



"Wenn Herr
Allende ermordet worden ist,
dann muß ich feststellen,
daß Baader, Enss-
lin, Raspe und Schubert
ermordet worden sind.
Der Wahrheitsgehalt
ist der Gleiche."

(Strauß nach seiner Chile Reise)

STAMMHEIM UND MENSCHENRECHTE

Informationsveranstaltung
zum Tode der Gefangenen

STAMMHEIMER PARALLELEN?

ED 6.12.77

PISTOLEN IN DEN KNAST

Moch immer ist es mehr als rätselhaft, wie die Pistolen ins Stammheimer Gefängnis gekommen sind. Nach wie vor werden offiziell die Rechtsanwältin, die als RAF-Verteidiger fungieren, verdächtigt. Wir können das Rätsel hier nicht lösen. Doch wir können auf interessante Parallelen hinweisen zu ähnlichen Ereignissen in den USA, die von allen Medien in der Bundesrepublik bislang verschwiegen wurden. Es geht um die Ermordung des schwarzen Revolutionärs und Angela-Davis-Freundes George Jackson, die von der Polizei eingefädelt worden war. Um diesen Plan zu verwirklichen, mußte man Jackson im Gefängnis eine Pistole zuschmuggeln. Wie das geschah, ist folgendem Bericht aus der „New York Times“ vom 14. 4. 1976 zu entnehmen:

„San Rafael, Kalifornien, 13. April 1976 — NYT — Ein ehemaliger Angehöriger der Polizeiabteilung „Kriminelle Vereinigungen“ in Los Angeles hat hier im Obergericht zugegeben, sein, zuletzt durchgeführter Auftrag 1971 sei die Ermordung von George Jackson gewesen, einem schwarzen revolutionären Schriftsteller. Jackson wurde, angeblich während eines Fluchtversuchs, am 21. August 1971 im Gefängnis von San Quentin getötet. Louis Tackwood, der ehemalige Beamte, der zugeb, er habe, als Mitarbeiter eines Teams von Polizisten eine Reihe radikaler Gruppen infiltriert, sagte letzte Woche im Mordprozeß der sogenannten San Quentin Six aus ... Mr. Tackwood sagte, seine Aufgabe habe darin bestanden, Jackson glauben zu machen, es gäbe einen Plan der Black Panther, ihn aus dem Knast zu holen und es so einzurichten, daß er ermordet würde. Richter Broderick erlaubte Mr. Tackwood, der Jury zu sagen, daß er und zwei Polizisten aus Los Angeles, Robert Sharratt und Donald Mahoney, drei Wochen vor dem Vorfalle einem Wärter in San Quentin eine Pistole gegeben und dabei die Bestimmung für Strafanstalten verletzt hatten. In der Woche zuvor hatte schon ein Gefangener ausgesagt, daß er einen Wärter, Paul Kresenes, gesehen

habe, als dieser am Tag der Morde eine Waffe ins Gefängnis in San Quentin brachte. Der Zeuge, Charles Johnson, sagte, daß er sah, wie Jackson am Tage seiner Ermordung den Besuchertrakt verließ, sich einer Leibesvisitation durch einen Wärter unterzog und zum Maximum-Security-Trakt des Rehabilitationszentrums ging, wo er untergebracht war. Er sagte, Mr. Kresenes habe ihn dabei begleitet, seine Tasche dabei von einer 45er Pistole ausgebaucht. Gegenüber der Anklagebehörde hatte früher ein Gefängniswärter ausgesagt, daß Jackson eine Pistole aus seiner Afro-Frisur ge-

zogen habe und so das Rehabilitationszentrum in seine Gewalt gebracht habe ... Als aber ein anderer Wärter ins Kreuzverhör genommen wurde, kam heraus, daß die Pistole, die Jackson angeblich von seinem Anwalt Bingham bekam, zu groß war, im Kassettenrecorder des Anwalts versteckt gewesen zu sein, in der der Anklage nach, Mr. Bingham die Waffe in das Gefängnis geschmuggelt haben soll ... Jackson hatte wegen eines bewaffneten Überfalls (Beute: 37 Dollar) elf Jahre einer Strafe abgesessen, die auf ein Jahr bis lebenslänglich lautete.“

weitergeschossen. Als um 13.30 ein Stoßtrupp in den Palast eindrang, hätten die Soldaten den Präsidenten tot auf einem Sofa im ersten Stock des Palastes gefunden. Neben ihm habe, ebenfalls tot, sein Pressesekretär, der Journalist Augusto Olivares, gelegen.

In einer zweiten Verlautbarung gab die Militär bekannt, Allende habe Selbstmord begangen. Zuerst hieß es, indem er sich mit einer Pistole in den Kopf geschossen habe, dann, er habe sich eine Sturmgewehr umgebracht. Die „New York Times“ zitierte Allende, daß nach dem Allende von Soldaten aus Maschinenpistolen getötet wurde, wie sie die Palastwache hat.

Bei „Kriegsverbrechen“
sicherliche Institution.

Gegen einen Selbstmord sprechen alle Indizien. Wäre Allende freiwillig aus dem Leben gegangen, hätten zuallererst die Militärs ein Interesse daran gehabt, den Freitod durch Obduktion zu beweisen, wie Chiles Christdemokraten abtadeln forderten. Alle, die Allende gut kannten, hätten einen Selbstmord für ausgeschlossen. „Das hätte er niemals getan“, berichtete in London Botschafter Alvaro Bunster. „Wenn er tot ist, haben sie ihn umgebracht.“

Bikr die Absicht der Militärs, den Präsidenten zu töten, spricht auch, daß sie nicht allein den Präsidenten-Palast bombardierten. Bomben zerstörten auch die Villa Allendes. Ein Indiz, daß er getötet wurde, ist schließlich die Leiche von Olivares: Der Journalist hatte keinerlei Grund, sich umzubringen. Er war kein Großer des Regimes, sondern Allendes enger Freund.

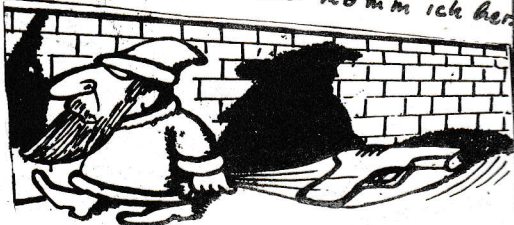
Gericht in Pretoria sieht kein Fremdverschulden am Tod Bikos

Einsetzung der gerichtlichen Voruntersuchung verkündet

Pretoria (Adp). Der Tod des südafrikanischen Stadteinführers Steve Biko sei nicht auf irgendwelche kriminellen oder illegalen Fremdverschulden zurückzuführen. Mit diesem Einstellungsbefehl beendete der südafrikanische Amtsrichter Martinus Prins die seit knapp drei Wochen laufende gerichtliche Voruntersuchung über das Ableben des schwarzen Bürgerrechtlers am 12. September während seiner Polizeihaft. In der Entscheidung heißt es, Biko sei an den Folgen einer Kopfverletzung und Gehirnverletzungen gestorben, die zu Komplikationen wie Nierenversagen und Harnvergiftung geführt hätten. Der Richter schloß sich uneingeschränkt der Erklärung der Polizei an, daß sich Biko die Verletzungen im Verlauf eines Hauskampfes in der Untersuchungszelle der Polizeihauptstadt in Port Elizabeth zugezogen habe. Der Anwalt der Familie Biko, Kenneth Dikwa, hatte in seinem Plädoyer am Freitag erklärt, Biko sei an den Folgen von Mißhandlungen während eines Polizeiverhörs gestorben. Gleichzeitig hatte er dem Gericht vorgeworfen, die Affäre bewußt vertuschen zu wollen. Die Ärzte und die Polizei beschuldigte er, in einer Verschwörung des Schweigens zusammengehalten zu haben.

Diese Vorwürfe warden vom Anwalt der südafrikanischen Polizei, van Rooyen, zurückgewiesen worden. Biko habe sich am Kopf gestoßen, ohne daß die dadurch entstandene Stirnwunde von den beiden Ärzten und acht Polizisten, die an den Verhören teilgenommen hatten, bemerkt worden sei. Andernfalls hätte man Biko unverzüglich in ein Krankenhaus eingeliefert. Nach dem Einstellungspruch des Richters kam es vor dem Tagungsgebäude des Gerichts in Pretoria zu einer Kundgebung von Farbigen; bei der in Sprechchören gerufen wurde: „Sie haben Steve Biko ermordet.“ Starke Polizeikräfte waren bekanntlich auch in der frühen Morgenstunde für die Demonstration auf. Aus Polizeikreisen wurde bekannt, daß der frühere Mitarbeiter Bikos in der Johannesburg-Altstadt Soweto von den Sicherheitskräften verhaftet worden seien. Es soll sich um einen Bruder des Toten, Kaya Biko, und seinen Vetter Solomon Biko sowie um sechs Bürgerrechtler, Angehörige der zwischen verbotenen Organisationen der schwarzen Völker (BCP), handeln. Der Tod Bikos und die widersprüchlichen Erklärungen der südafrikanischen Behörden dazu haben weltweit Empörung ausgelöst.

Draußen vom Walde komm ich her.



STAMMHEIM und MENSCHRECHTE

Freitag, den 16.12.1977 um 20 Uhr

»Palais am Funkturm«, Messedamm (Messegelände)
U-Bahn Theodor-Heuss-Platz, Bus 10, 92

Träger:

- Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte
- Komitee an der FHSS gegen Berufsverbote und politische Disziplinierung
- Zweiter Bildungsweg (Redaktion)
- und andere

Solidaritätsbeitrag: 3,- DM

V.i.S.d.P.: S. Brauckner, Bamberger Str. 43, 1 Berlin 30

10.12.1977

Auflage: 20000

Informationsveranstaltung
zum Tode der Gefangenen
in Stammheim u. München



4 ZITTY Auf ins Palais am Funkturm

ZU DER VERHAFTUNG DER GRUPPE

"ANTIFASCHISTISCHER KAMPF"

Am achten November wurden acht Leute der Gruppe Antifaschistischer Kampf in Kaiserslautern festgenommen. Seitdem sind die Acht in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen sie wegen eines Bombenanschlages auf das Zweibrücker Oberlandesgericht und wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung.

In der Presse wurde darüber berichtet, als seien die acht schon überführt und verurteilt, dabei gilt laut Gesetz jeder so lange als unschuldig, bis ihm seine Schuld gerichtlich nachgewiesen ist. So las man von den "Zweibrücker Attentätern" (Rheinpfalz vom 11.11.), von den "Bombenlegern, die den Kampf probten" (Bild), von der "Kampfgruppe mit Verbindungen zum Büro Croissant" (Stuttgarter Zeitung), von der "Pfälzischen Terrorbande" (Saarbrücker Zeitung), von einer "Nachwuchsorganisation der Terroristen" (Abendpost) und vieles mehr in diesem Stil.

Wenn sie in den letzten Tagen die "Rheinpfalz" gelesen haben, werden sie den Eindruck gewonnen haben, daß man "jetzt die Attentäter hat". Kein Wunder, denn mit einer sagenhaften Systematik wird in den Massenmedien versucht, die acht Leute, ohne, daß bisher feststeht, ob sie überhaupt irgend etwas mit dem Anschlag zu tun haben, vorzuverurteilen; es wird das Bild von den "Zweibrücker Attentätern" geschaffen.

Dazu werden alle möglichen "Erkenntnisse" zusammengetragen, dazu läßt man teils erfundene, teils halb wahre oder schon seit langem bekannte "Tatsachen" über die Gruppe erscheinen, nach dem Prinzip:

DIE TÄTER HABEN WIR - JETZT BRAUCHEN WIR NUR NOCH DIE "BEWEISE" !

So wird der angebliche Diebstahl eines Feuerlöschers vor etlichen Monaten und der Prozess darum zum Gegenstand wildester Spekulationen. Dabei macht die Presse und damit wohl auch die Polizei und die Bundesanwaltschaft (denn irgendwoher muß die Presse ja diese Diffamierungen beziehen) selbst vor Lügen nicht halt.

Da heißt es in der Rheinpfalz vom 11.11.: "...wenige Tage vor der Schleyer-Entführung sollte die Berufungsverhandlung (des Feuerlöscherprozesses) stattfinden, F. und S.P. waren jedoch vorher untergetaucht..." (Schlußfolgerung für den Leser - aha, also bei der Entführung vielleicht dabei?!). Die Wahrheit ist jedoch, daß die beiden zu dieser Zeit in Kaiserslautern waren und der Prozess deswegen nicht stattfinden konnte, weil kurz zuvor die Rechtsanwälte der beiden (Neverla und Müller) mit recht fadenscheinigen Begründungen verhaftet worden waren.

Es wird der Gruppe Antifaschistischer Kampf in der Rheinpfalz unterstellt, sich "die Ziel der RAF sowie anderer Terroristen im Bundesgebiet selbst zum Ziel gesetzt zu haben". Das passt genau in das von der Presse zurechtgeschneiderte Bild - so hätten sie es gerne - nur, dies ist falsch, denn niemals hat sich die Gruppe in irgend einer Weise öffentlich zu solchen Zielen bekannt!

Jetzt auf einmal erscheinen auch die der Polizei längst bekannten Besuche bei Gefangenen in Zweibrücken und anderen Anstalten als weiteres Indiz (man merke sich: wer politische Gefangene besucht, ist Terrorist!) "Frühere Aktionen" der Gruppe werden aufgezählt, sollen den Eindruck der Gewaltanwendung vermitteln. Man spricht von "Schlägereien und Tumulten an der Uni", von "Unruhen an der Uni" (beide Male Rheinpfalz), im Radio hört man gar von einer "Uni-Besetzung" bei der selbstverständlich die acht "tatkräftig mitwirkten", bzw. als "Rädelsführer" aufgetreten sein sollen.

Daß allein die Polizei gewalttätig war, indem sie die ca. 60 gewaltlos gegen die Durchsuchung des AstA und die Beschlagnahmung der Studentenzeitung Demonstrierenden förmlich aus der Uni knüppelte und dabei das Kampfgas "Chemical Mace" einsetzte, davon hört man heute natürlich nichts mehr. (siehe auch Bericht der SWF-Reporterin A. Weidemeier am 15. Juni darüber).

Besonders verdächtig hätten sich die acht gemacht, da "Fotokopien des Bekennerbriefes" bei den Hausdurchsuchungen gefunden worden seien. Allerdings: Es handelte sich nicht um Fotokopien des Originalbekennerbriefes, sondern um Fotokopien einer Abschrift des Briefes. Solche Fotokopien waren bei ziemlich vielen Leuten verbreitet, waren sogar in Zeitungen abgedruckt. Daraus also einen Tatverdacht abzuleiten ist recht lächerlich.

Aber auch davon hört man in den Medien nichts: Im Gegenteil: der "Münchener Merkur" weiß gleich, daß "die Briefe von der Gruppe selbst" verfasst wurden, und der Spiegel legt auch ohne Zweifel die Urheberschaft des Briefes fest, indem er vom "Sprachduktus der Kaiserslautrer 'Antifaschisten'" spricht.

Ebenso verdächtig sind die angeblich gefundenen Gegenstände, "die zur Herstellung von Sprengkörpern dienen sollten". Was das heutzutage alles schon sein kann, erfährt man dann im Stern (Nr. 48), nämlich: "Kupferdraht, eine Flachbatterie, Bananenstecker und Blitzlichtbirnen." Nach dieser Logik müsste jeder Elektriker, jeder Fotograf, jeder Automechaniker dringend tatverdächtig sein!

Die "Kontakte zum Croissant-Büro" erscheinen in diesen Tagen ebenfalls als Schlagzeile. Dabei ist schon immer bekannt, daß diese bestanden und niemand machte daraus einen Hehl, denn schließlich fanden einige öffentliche Veranstaltungen statt, bei denen u.a. auch Mitarbeiter des Büro Croissant sprachen.

Seit mindestens einem dreiviertel Jahr waren die Wohnungen und die Leute der Gruppe genauester Observierung ausgesetzt, seit Anfang Oktober sogar rund um die Uhr. Jeder Schritt wurde beobachtet. Insofern sind die Staats"schützer" die besten Zeugen dafür, daß die Gruppe den Anschlag nicht verübt haben kann. Aber das läßt man in keiner Zeitung, kein Wunder, denn sonst wäre ja die Behauptung "Attentäter" nicht mehr aufrecht zu erhalten...

Wir kennen die Leute vom Antifaschistischen Kampf und wissen, daß "Bombenlegen" nicht zum politischen Konzept dieser Gruppe gehört, vielmehr versuchten sie durch Flugblätter und Veranstaltungen über die Situation politischer

Gefangener und ähnliches zu Berichten und setzten sich kritisch mit den neuen Gesetzen auseinander (Kontaktsperregesetz, Todesschußgesetz, Antiterrorkonvention, Verteidigerausschlüsse etc.)

Die Gruppe Antifaschistischer Kampf arbeitete aktiv in dem Solidaritätskomitee mit, das sich nach der Polizeiaktion in der Uni bei der Beschlagnahmung der Studentenzeitung WAMPF (und nicht "Kampf" wie die Rheinpfalz und die Wormser Zeitung schrieben! WAMPF= Welt Am Pfaffenberg) bildete. Das Solidaritätskomitee ist eine Selbstorganisation der betroffenen Gruppen, mit dem Ziel, die Öffentlichkeit über die Vorfälle an der Uni zu informieren und die Prozesse gegen die WAMPF-Redakteure und die wegen Landfriedensbruchs Angeklagten vorzubereiten. Auf Grund der Erfahrungen, die wir in der Zusammenarbeit mit der Gruppe Antifaschistischer Kampf im Solidaritätskomitee gemacht haben, deutet für uns nichts, aber auch gar nichts darauf hin, daß die Gruppe an dem Anschlag beteiligt gewesen sein könnte.

Die Tatsache, daß sich die Haftbefehle für gleich acht Leute auf dermaßen geringe "Fakten" stützen, zeigt, daß es hier nicht um den Anschlag in Zweibrücken geht, sondern darum, daß der Staatsschutz nach der langen, erfolglosen Fahndung nun endlich Erfolge vorweisen will und muß. Also produziert man halt einfach ein paar "Terroristen".

Und so müssen wir davon ausgehen, daß die Verhaftung der Acht eine Willkürmaßnahme der Staatssicherheitsorgane ist, um einerseits die politische Arbeit und die Existenz der Gruppe Antifaschistischer Kampf zu zerstören, und um andererseits allen übrigen politisch fortschrittlich arbeitenden Gruppen in Kaiserslautern und anderswo zu zeigen, daß diese Arbeit unerwünscht ist, und daß der, der trotzdem nicht damit aufhört, dann halt mit Gewalt dazu gebracht werden soll.

Alle, die kritisch und fortschrittlich arbeiten, sollen gewarnt und eingeschüchtert werden. Schon das Verteilen dieses Flugblattes kann als Vorwand dienen, daß wieder zugeschlagen wird.

Gegen diese Staatlich verordnete Friedhofsruhe gilt es anzukämpfen, sonst herrscht eines Tages nur noch Ruhe und Schweigen im Land.

WIR WERDEN DAZU SOBALD WIE MÖGLICH EINE INFORMATIONSVERANSTALTUNG MACHEN!

Ort und Termin werden rechtzeitig bekanntgemacht

Aufruf zum STROMZAHLUNGS BOYKOTT

-5-

ist nach § 263 StGB (Betrug) ist bedeutsam unter dem Gesichtspunkt des "Eingehungsbetruges". Die Eingehung jeder vertraglichen Verpflichtung enthält -

Um eines gleich vorwegzuschicken: Der Stromzahlungsboykott versteht sich ~~als~~ als eine von vielen Aktionsformen, die man/frau anwenden kann um sein Ziel zu erreichen.

In der BI Energieplanung und Umweltschutz wird dies in den Stadtteilen diskutiert und dieser Artikel dient einmal als Informationsgrundlage für die Leute in den Stadtteilen, aber auch für Außenstehende damit sie den Diskussionsprozeß mitkriegen können und sich eventuell an der Aktion beteiligen, weils ja sinnlos ist, wenn sich nur ein paar BI-peoples daran Boykott machen.

Die grundlegenden Informationen sind auch einer Broschüre der Graswurzelzler übernommen. Bestellung und Bezahlung (wer die Broschüre ganz kaufen will Theo Hengesbach Große Heimstr. 66 4600 Dortmund 1 Tel 0231/104694 Postscheckkonto 53882-465 PechA Dortmund.



Stromzahlungsverweigerung heißt, daß man die Stromrechnungen nicht mehr in voller Höhe bezahlt, sondern nur noch teilweise. Welcher Anteil einbehalten werden soll bestimmen die Aktionsteilnehmer selbst. In Hamburg, wor es derzeit praktiziert wird, wird 10 % einbehalten.

Das einbehaltene Geld wird dann auf Treuhandkonto eingezahlt und dort verwaltet, bis das betroffene E-Werk (bewag) den Forderungen der Aktionsteilnehmer nachgekommen ist oder die Aktion abgebrochen wird. Das Geld wird dann den E-Works in voller Höhe ausbezahlt, was mit bestimmten Auflagen verbunden werden kann. z.B. für den Bau von Entschwefelungsanlagen, Fernwärme, Forschung für alternative Energiegewinnung.

Veränderungen, mit denen wir an die Bewag herantreten können müssen aber nicht aufgegliedert sein. Zentrale Forderung wäre auf jedenfall. Kein weiteres Kraftwerk in Berlin. Ob man sich nachher auf einen Kompromiß einigt ist eine andere Frage. Das hängt mit den Kräfteverhältnissen zusammen.

Der erste Schritt zur Stromzahlungsverweigerung besteht darin, daß man den E-Works die einmal erteilte Vollmacht zur direkten Abbuchung des Stromgeldes vom Konto des Verbrauchers wieder entzieht. Die Rücknahme der Abbuchungsvollmacht geschieht per Brief an das E-Werk..

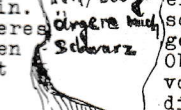
Schon allein das wird die Bewag ärgern, denn die Knete kommt nicht mehr regelmäßig und muß überwacht werden.

Danach erfolgt die Wahnsinnskampagne. Nach Möglichkeit sollten sich viele BI's beteiligen. Zitty, Top, Tagespresse (vielleicht) Alternativpresse (sowieso) Theateraktionen, Aluminium einsammeln Plakate drucken etc.

Dabei müssen so langsam Leute zusammenkommen, die sich bereiterklären an der Boykottaktion teilzunehmen. ist es, wenn die Leute druckte Postkarte mit man sie benachwahn's losgeht. Weil Aktionsform den Cha-anonymen Protest in es gut ein Plenum einzuberufen, all derer die es durchführen wollen. Dieses Plenum beschließt dann wenn es losgeht. Meinetwegen bei 1000 Unterschriften oder so.

JURISTISCHE ASPEKTE

Die Anwendung § 248 c StGB (Entziehung elektrischer Energie) setzt voraus, daß der Strom auf eine technisch unzulässige Art und Weise (z.B. Abzapfen des Stromes vor dem Zähler entzogen wird. Das ist hier nicht der Fall (Pfui Teufel, wie kann man überhaupt nur auf ein solches schmutzigen Gedanken kommen)



Der § 263 StGB (Betrug) ist bedeutsam unter dem Gesichtspunkt des "Eingehungsbetruges". Die Eingehung jeder vertraglichen Verpflichtung enthält - Wenn sich aus den Umständen nichts anderes ergibt - die stillschweigende Erklärung des Stromabnehmers, daß er zur Vertragserfüllung, d.h. zur ordnungsgemäßen Zahlung willens und bei Fälligkeit auch in der Lage ist. (Beim Tippen stelle ich fest, daß dies eine ganz schön bekloppte Juristensprache ist und frage mich, ob ich das weiterbringen soll) Dieser Paragraph könnte in den Fällen zur Anwendung kommen, in denen der Stromabnehmer schon bei Vertragsabschluß mit dem jeweiligen E-Werk die die Stromzahlungsverweigerung geplant hat. Eine nachträgliche Entscheidung ist aber keine Täuschung mehr.

Die Anwendung des § 240 StGB (Nötigung) setzt die "Drohung mit einem empfindlichen Übel" voraus. Das beinhaltet, daß die Drohung geeignet ist, einen besonnenen Menschen zu dem damit erstrebten Verhalten zu zwingen Dies wird bei der Stromzahlungsverweigerung nicht zutreffen, da das E-Werk auf die Nichtzahlung "normal", d.h. schuldrechtlichen, reagieren kann.

Fazit: Die Strafbarkeit wird wohl kaum von den E-Works erfolgreich als Mittel gegen die Stromzahlungsverweigerung einzusetzen sein.

Zur Zahlungsverpflichtung/Schadenersatz

Der Stromabnehmer schließt mit dem E-Werk einen Strom-Bezugsvertrag, der juristisch als "Dauerschuldverhältnis" bezeichnet wird. Darin verpflichtet sich das E-Werk zur Bereitstellung und Lieferung von Elektrizität. und der Abnehmer zahlt. Das ist eine Monopolstellung, woraus es zum Abschluß eines vertrages grundsätz-lich, bzw. daß es nicht Stromlieferung aufkündigen kann. Dem E-Werk stehen zwei Handlungswesen offen.

Die erste Möglichkeit ist die normale Aufkündigung. Nachdem sich mehrere Mahnverfahren als erfolglos erwiesen haben, kommt die Kündigung nach irgend-so einem Paragraphen des Geschäftsvertrages. Dagegen ist juristisch jedenfalls nichts zu machen. Ob sie das politisch sich leisten können, hängt von der Stärke ab. Außerdem ist wahnsinnig aufwendig überall den Strom abzustellen.

Die zweite Möglichkeit ist eigentlich nur eine Variation der ersten. Das E-Werk merkt, daß es sich um eine organisierte Sache handelt. Also Grund für eine fristlose Kündigung. Dagegen kann man aber mit Erfolg Einspruch erheben Daß wir einen Rechtsanwalt und einen Rechtshilfefond gründen ist ja klar. (Huch, offensichtlich ist dies nicht auch wieder eine eine terroristische Vereinigung)

Eintreibung der ausstehenden Beträge

Gleichgültig, ob ordentlich oder außerordentlich gekündigt wird - das E-Werk will die Knete haben. Unser Freund Leopold Dummbeutel, der sich bislang hartnäckig gehalten hat, wird vom Gericht verknackt, da gabs mal so n-n Spruch, wer die Macht hat, hat das Recht. Hierdurch wird Leopold gezwungen seine Tür zu verrammeln, damit der Kuckuk nicht rein kann. Auf die Dauer gesehen, werden die Barrikaden vor der Tür auch ganz schön lästig. Also kann Leopold Dummbeutel, der in einer WG wohnt alles seinen Freaks "schenken" so daß er nur Bett und das Existenzminimum hat. Da muß der Kuckuk wieder abdrehen.

Leopold kann natürlich auch Widerspruch gegen den Zahlungsbefehl einlegen (eine Woche). Das verzögert die gewaltsame Geldeintreibung, ist allerdings mit höheren Kosten verbunden. Es gibt ein paar Leute, die das schon mal ausge-rechnet haben. Die Prozeßkosten belaufen sich pro Person auf ungefähr 200 DM. Geht eigentlich.

In Westdeutschland gibt es in mehreren Städten Boykottinitiativen. Die Hamburger haben damit angefangen wirdrucken einen Artikel aus dem ID ab. Inzwischen soll sich aber die Zahl der Boykottianer auf 600 erhöht haben.



DER STROMPREISBOYKOTT IN HAMBURG HAT BEGONNEN!

HAMBURG
11. November

Von der Hamburger Initiative hier ein
neuer Zwischenbericht zur Lage auf
dem Boykott-Sektor (vgl. auch ID 203)

Als erste einer ganzen Reihe von Stromzahlungsboykottgruppen haben wir am 1. Oktober damit begonnen, von jeder HEW-Rechnung bzw. Zweimonatsspausale 10% abzuziehen und sie auf einem Treuhandkonto bei unseren Rechtsanwälten "einzufrieren".

Im Juli hatten wir beschlossen, von der Mindest(schutz)zahl von 1.000 boykottbereiten Haushalten abzugehen und bereits mit den bisher 366 Bereitschaftserklärungen anzufangen. Da es sich um WG's, "bürgerliche Haushalte", Kneipen usw. handelt, stehen mehr als 1.000 AKW-Gegner hinter unserer Idee und täglich kommen neue hinzu.

Am 1. Oktober bildete eine Demonstration in der Fußgängerzone mit Musik, Straßenreden und dem gemeinsamen Einzahlen der "gestutzten" Stromrechnungen den Auftakt. Von Journalisten der Tagespresse erfuhr man, daß von oben (den Redaktionschefs) keine Berichte über den Boykott erwünscht sind, so "ernteten" wir nur winzige Meldungen.

Dennoch können wir einen Aufschwung der Aktion seit ihrem effektiven Beginn feststellen. Die HEW hat bislang nur schwach reagiert (nur vereinzelt Mahnungen), zuverlässige Quellen berichten von einer Beschäftigungstaktik. Man fürchtet offenbar, daß harte Reaktionen nur einen der HEW unangenehmen Solidarisierungseffekt hervorgerufen würden.

Alle Boykottkure erhielten einen Standardbrief ((siehe ID 203), in dem mit sattem bekannten "Argumenten" zur Aufgabe des Widerstands appelliert wird (wie naiv muß man eigentlich sein, um überzeugten AKW-Gegnern heute noch die "66 Fragen" zuzumuten?), mit einer Bundestagsdrucksache auf die "denkbar breiteste demokratische Basis" für die "sachgerechte Investitionspolitik der deutschen Elektrizitätswirtschaft" hingewiesen und mit "Vollstreckungsorganen" gedroht wird.

Bei unserer vierten Vollversammlung der Hamburger Boykottkure am 16.11. um 19 Uhr im Martin-Luther-King-Haus haben wir weitere Schritte der Öffentlichkeitsarbeit und zum gemeinsamen Vorgehen besprochen.

Unsere Tonbildschau wird rege genutzt und auch Initiativen außerhalb Hamburgs können sie bei uns bestellen. Weit verbreitet sind auch schon unsere Brief- und Autoaufkleber zum Boykott.

Im Dezember führen wir eine Pressekonferenz durch, bei der auch über gleichartige Initiativen im Bundesgebiet und im Ausland berichtet werden soll. Dazu benötigen wir dringend Erfahrungsberichte von allen laufenden und anlaufenden Initiativen.



Zählt der Zählerstand nicht?

Überraschende Entscheidung des Landgerichts Kassel

Bewag-Preiserhöhung

Sie meldeten in Nr. 9774, daß die Bewag beabsichtigt, die Strompreise für Haushalt und Gewerbe vom 1. Januar an um 6,1 Prozent zu erhöhen. Aufmerksam wird der interessierte Leser die in den kommenden Wochen zu führenden Beratungen und Diskussionen über dieses Thema verfolgen. Die überwiegende Mehrheit der Bürger dieser Stadt wird — wie gehabt — mit Sicherheit passiv bleiben und gegebenenfalls Preiserhöhungen widerspruchlos hinnehmen. Diese Mitmenschen und vor allem auch die Verantwortlichen in den Gremien und im Preismat des Wirtschaftsensors seien darauf hingewiesen, daß die Bewag in Deutschland nach der IBM-Deutschland das rentabelste Unternehmen ist. Mit einer Umsatzerlöse von 9 Prozent im Jahre 1976 liegt sie in Europa sogar auf Platz 11 aller Unternehmen. Mir ist sehr wohl bekannt, daß gerade in der Elektrizitätswirtschaft angemessene Gewinne zur Finanzierung der in den kommenden Jahren erforderlichen Investitionen notwendig sind. Es fragt sich jedoch, ob es gerade in Berlin mit seinen strukturellen und unverkennbaren sonstigen Problemen zweckmäßig ist, der Wirtschaft und auch dem einzelnen Bürger solche zusätzlichen Belastungen aufzubürden, wenn das in Rede stehende Unternehmen ohnehin schon rentendämig eine Spitzenposition innehat.

Dr. Gerhard Thies, Berlin-Kreuzberg

DIENSTAG, 22. NOVEMBER 1977

DER TAGESSPIEGEL / WIR!

Der Bau von Kohlekraftwerken soll forciert werden

Zur Zeit wird ein Investitionsvolumen von rund 9 Milliarden DM durch Einsprüche blockiert

g. t. Bonn. Trotz deprimierender konjunkturender Absatzeinbußen sind die „Kohlestrategen“ nicht untätig geblieben. Die Priorität, die der SPD-Parlamentarier der Steinkohle eingeräumt hat, trifft auf ein beachtlich weit bestelltes Feld. Fachleute sind der Auffassung, daß bis 1985 Kohlekraftwerke mit einer Gesamtleistung von 12.000 Megawatt in Betrieb gehen müssen, um die Stromversorgung in der Bundesrepublik sicherzustellen.

Der stellvertretende Vorsitzende des Bundestagswirtschaftsausschusses, Reuschenbach,

geht davon aus, daß der Bau von „Steinkohlekraftwerken mit 9000 Megawatt Leistung 80.000 Menschen drei Jahre lang Arbeit bringt“. Der Betrieb dieser Kraftwerke sichere rund 70.000 Arbeitsplätze, davon allein 26.000 in der Steinkohleförderung.

Derzeit ist der Bau von sechs Kohlekraftwerken mit einer Kapazität von 7000 Megawatt durch Einsprüche, Gerichtsverfahren und -urteile behindert. Damit ist ein Investitionsvolumen von rund 9 Mrd. DM blockiert, Anschlufträge im Wert von weiteren 12 Mrd. D-Mark kommen infolgedessen nicht zustande.

Reuschenbach glaubt, daß in den kommenden fünf Jahren mit dem Bau einer ganzen Reihe von Kohlekraftwerken begonnen werden muß, damit spätestens 1985 neue Anlagen mit einer Leistung von insgesamt 11.900 Megawatt in Betrieb gehen können. Derzeit liegen rechtskräftige Genehmigungen für die Standorte Bremen, Ibbenbüren, Mehrum und Berkmann vor: Gesamtleistung 3060 Megawatt. Für acht weitere Standorte sind die Genehmigungsverfahren angehängt, aber noch

nicht abgeschlossen. Dazu gehören unter anderem Vörde am Niederrhein mit zusammen 1400 MW, Dorsten (1400 MW), Herne, Hildingsel, Lünen und Scholven sowie das Gerstewerk mit zusammen 1400 Megawatt und die Anlage Weiher.

Darüber hinaus werden für sechs weitere Standorte die Genehmigungsverfahren derzeit vorbereitet. Auch hier handelt es sich durchweg um kostengünstige revidierte Standorte: Datteln-Waltrup, Marl-Ost, Emmerich, Alstedorf und Hückelhoven-Wassenberg. In Berlin-Spandau war bereits der Plan für ein 600 Megawatt-Kraftwerk an Fragen des Landschaftsschutzes gescheitert, bevor das eigentliche Genehmigungsverfahren überhaupt angehängt war. Dazu hieß es am Montag, daß „West-Berlin bei der neuen Priorität für die Steinkohle keineswegs ein weißer Fleck auf der Standort-Karte bleibt“. In einem Positionspapier hatte Reuschenbach in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das Vorhaben eines Kohlekraftwerkes in Berlin-Spandau „vorerst“ an Fragen des Landschaftsschutzes gescheitert sei.



FREITAG, 25. NOVEMBER 1977

Das doppelte Spiel der Kraftwerksplaner

Wenig Interesse an schneller Genehmigung von Bauanträgen
Von unserem Mitarbeiter

Düsseldorf, 24. November

Die zahlreichen mit Genehmigungen für Kohle- und Kernkraftwerke in Nordrhein-Westfalen befaßten Behörden glauben ein „Doppelspiel“ der Energieunternehmen durchschaut zu haben: Nach außen verlangen die Stromkonzerne mit politischem Nachdruck die Baufreigabe für ihre Projekte, doch wegen der sich bis über die Mitte des nächsten Jahrzehnts deutlich abzeichnenden Energieschwemme von sie bei den meisten Neubauplanungen „erst überhaupt keine ernstesten Baubestanden“. Ein Düsseldorf Genehmigungsbeamtet sagt: „Ein Teil der Bauanträge ist einfach nicht ganz ernst zu nehmen und auch nicht ernst gemeint.“

Wie sonst könnte es vorkommen, daß ein großes Versorgungsunternehmen die geplante Erweiterung eines Kohlekraftwerks im Ruhrgebiet um immerhin 750 Megawatt mit einem dünnen, nicht einmal zwanzig Gramm schweren Briefchen — Inhalt: zwei Blatt DIN A 4 — beantragt hat; wo doch, wie die Genehmigungsbehörde aus Erfahrung weiß, ein solcher Antrag „einen Kubikmeter Unterlagen“ erfordert, damit er überhaupt bearbeitet werden kann. Natürlich ist diesem Konzern aus anderen Kraftwerksprojekten bekannt, welche Menge an Antragsunterlagen eingereicht werden muß.

Ein Behördenvertreter kommentiert: „Man ist offensichtlich gar nicht an einem zügigen Genehmigungsverfahren interessiert.“ Manche Energiekonzerne sahen es gegenwärtig nicht an, daß Bürgerinitiativen gegen ihre Projekte Sturm liefen, Genehmigungsverfahren auf die lange Bank geschoben würden und Kraftwerksneubauten durch Gerichtsbeschlüsse blockiert seien. Gleichwohl würden die Kraftwerksgegner geschlossen von den Stromunternehmen attackiert, wodurch dann „gar nicht auffällt“, daß eine Anzahl der „geplanten“ Kraftwerke als nicht notwendig angesehen werde.

Dringlich oder weniger eilig

Inzwischen liegen den nordrhein-westfälischen Behörden Anträge auf 15 neue Kohle- und Kernkraftwerke vor, die zusammen einen zusätzlichen Energiestoß von 20.000 Megawatt ins bundesdeutsche Stromnetz speisen würden. Der Bedarf beträgt aber nur 7000 Megawatt. Das wüßten selbstverständlich die Energieunternehmen, erfährt man bei den Ämtern. Mehr als fünf neue Kohlekraftwerke sollen deshalb, wie Ministerpräsident Kühn soeben erklärt hat, bis ans Ende der 80er Jahre nicht genehmigt werden. An Kernkraftwerken will Kühn nur die bereits begonnenen Projekte „Schneller Brüter“ Kalkar und das Hochtemperatur-Reaktor-Kraftwerk Hamm-Uentrop fertigstellen lassen. In den 80er Jahren werde Nordrhein-Westfalen dann voraussichtlich „maximal zwei“ neue Kernkraftwerke genehmigen müssen, weil eine Energielücke in der Bundesrepublik — wenn überhaupt — ganz früher als vor der Schwelle der 90er Jahre drohe, meinte Kühn.

Die Energieunternehmen erklären jedoch, jeder Bauantrag sei wichtig und durchaus ernst gemeint. Freilich gebe es vorrangigere und weniger eilige Projekte. Jedes Unternehmen will offenbar schon aus Konkurrenzgründen seine Chancen „wahrnehmen“, um bei erhöhtem Bedarf schonung mit neuen Werken Kapazitäten vermehrt am lukrativen Geschäft mit dem Strom teilzuhaben.

Gegenwärtig jedoch sprechen einfache kaufmännische Überlegungen dafür, den Neubau von Großkraftwerken nicht zu überreiben. Denn schon vorhandene Kraftwerke laufen zeitweise mit gedrosselter Produktion, weil nicht so viel Strom abgenommen wird, wie man früher vorausgerechnet hat. Die Energiepolitik Bonn dürfte die Zuwachsraten beim Elektrizitätsbedarf überdies künftig eher klein halten.

Alles in allem: An der heißen Kraftwerksfront kann vielerorts Entwarnung gegeben werden.

Hans Wüllenweber

STROMPREISBOYKOTT · ERSTE REAKTION EINER ELEKTRIZITÄTSGESELLSCHAFT

Damit kann sich die deutsche Elektrizitätswirtschaft bei ihrer sachgerechten Investitionspolitik auf die denkbar breiteste demokratische Basis stützen. Sie werden verstehen, daß wir unter diesen Umständen Ihre Argumentation nicht akzeptieren können, zumal gerade durch den Bau von Kernkraftwerken eine umweltfreundliche, rohstoffschonende und auch besonders wirtschaftliche Energiequelle nutzbar gemacht werden kann. Wir wissen uns in dieser Auffassung auch einig mit den auf diesem Sektor tätigen, anerkannten Fachleuten.

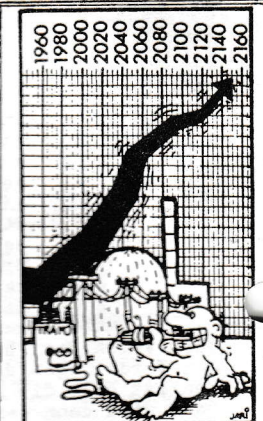
Im übrigen müssen wir nachdrücklich darauf hinweisen, daß Teilbeträge aus Stromrechnungen zu den jeweiligen Zahlungsterminen in voller Höhe zu zahlen sind. Wie in allen anderen Fällen von Zahlungsverzug können Zahlungsrückstände entsprechend dem bei uns üblichen Mahnverfahren zur fristlosen Einstellung der Stromversorgung führen und werden gerichtlich geltend gemacht. Dadurch entsteht bei uns ein unnötiger Verwaltungsaufwand, die Gerichte und ggf. die Vollstreckungsorgane werden unnötig in Anspruch genommen.

Für Sie sind die Einstellung bzw. Wiederbeginn der Stromversorgung und die gerichtliche Geltendmachung unserer Forderung mit nicht unerheblichen Mehrkosten verbunden.

Wir fordern Sie daher auf, Ihre Vertragsverpflichtungen uns gegenüber auch weiterhin zu erfüllen.

Vielleicht regt Sie die Lektüre der beigefügten Schriften an, Ihre Meinung noch einmal zu überprüfen.

Mit freundlichem Gruß



Die Informationen drängen mich auf die Seite

HAMBURGISCHE ELEKTRIZITÄTSGES. VERKAUFSABRECHNUNG

Anlagen Bundesdrucksache 66 Fragen

Ich mache die Tür auf und mich trifft der Schlag. Alles Krawattenträger, betont seriös, kaum junge Leute, ich bin der einzige Freak. Alle Blicke ruhen auf mir, jedenfalls bilde ich mir das ein.

Nordlicht Stoltenberg heizt die Leute ein. Alles bekannte Sprüche. Wirtschaftswachstum über alles - somit auch Expansion der Stromkapazitäten. Es wäre eine soziale Verantwortung gegenüber der Jugend, daß man mit Strom Arbeitsplätze schaffen wolle.

Professor Schäfer, der der Bewag das 7 %ige Stromsteigerungsgutachten für 100 000 Eier bescherte, wundert sich, daß die "Experten" in der Bevölkerung einen Vertrauensschwund erlitten hätten. Kein Wunder. 1973 veröffentlichte Schäfer im Magazin X Ergebnisse seiner Forschung über die Gefahren der Klimaveränderung in Städten, Temperaturveränderungen, Smoggefahren usw. Vielleicht hat er auch Knete für den ökologischen Standpunkt bekommen. Jetzt unterstützt er die Bewag durch sein Gutachten beim Bau von neuen Kraftwerken, statt sich dafür einzusetzen, daß vorhandene Kapazitäten genutzt werden. Auch er spricht von dem Irrglauben Energiewachstum von Wirtschaftswachstum trennen zu können.

Eine Tagung des Vereins Deutscher Ingeniöre, stellt fest: Daß eine Steigerung des Bruttosozialproduktes nicht unbedingt mit einer Steigerung des Verbrauchs an Energierohstoffen gekoppelt sein müsse, habe die Entwicklung in der BRD in den letzten Jahren gezeigt. Tsp v. 6.12.

Professor Axt und Prof Strümpel waren auch noch Gäste diesen Vereins. Aber man hatte den Eindruck im späteren Verlauf der Veranstaltung, daß sie nur eine Legitimationsfunktion hatten. (Prof. Strümpel veröffentlichte ein Alternativkonzept für die Energieversorgung Berlins - Dieses Gutachten wird bald von der BI Energieplanung und Umweltschutz als Broschüre herausgegeben) Reklame!

Die CDU-Alternative scheint ein Kernkraftwerk zu sein. Jedenfalls waren die Krawattenträger von solchen Plänen begeistert. Mit Kußhand würde die BEWAG dieses Vorhaben aufnehmen. In einem Bericht für die Deutsche Industrieausstellung Berlin 1976 schreibt die Bewag: "Die Nutzung der Kernenergie in Ballungsräumen würde die Kosten der Stromerzeugung gegenüber der heutigen Erzeugung auf fossiler Basis erheblich senken, die Transportwege entlasten und nach heutigem Wissensstand die Ökosysteme am wenigsten belasten."

Eine interessante Zahl ist noch gefallen. Die Bewag nutzt nur etwa $\frac{1}{4}$ der Abwärme von Kraftwerken. In dem 230 km langen Fernheiznetz. Langfristig können also alle Berliner Wohnungen mit Fernwärme versorgt werden, wenn man die entsprechenden Schritte unternimmt.

Per Saldo also nichts Neues. Wenigstens das Fressen, zu dem wir alle eingeladen waren, schmeckte hervorragend. Der Wein war auch gut. Auch ne Möglichkeit Steuergelder zurückzukriegen.

Gemeinsames Essen im Reichstag auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Gerhard Kunz nur zu



Seyfried

Liebe Größe an Puchi, Roli, Moni, Ursele, und den Rest.



Früher gab's auch keine Pressefreiheit



Halter die Roter - ich will keine ISO-Toler



Bug im Bad kommt gut



Wir müssen endlich was unternehmen



Demo in Itzehoe!

Am 10.12. fand in Itzehoe eine Demonstration mit ca 600 Leuten statt. Die Demo richtete sich gegen die "Leistungsbescheide" der Polizeidirektion West aus Itzehoe, mit denen 18 Leute aus der Wilstermarsch, der Seestermüher Marsch, Elshorn, Neumünster, Kiel und Hamburg getroffen werden sollen und jeder 5384.14 DM zahlen soll. Die "Leistungsbescheide" wurden ausgestellt, weil für die Räumung des Brokdorfer Anti-Atom-Dorfs 605 Bullen eingesetzt worden sind und ein Gesamtaufwand von 113 067.-DM darstellte, was nun die Leute, die 18 stellvertretend für die 500 anderen, die sich im Dorf befunden hatten, zahlen sollen. Auf der Demo am Sonntagabend wurde dann aber klar gesagt, daß niemand der 18 Leuten bereit ist, die Summe zu zahlen.

Wichtig jedoch bleibt, was mit diesem neuen Schlag offenbar erreicht werden soll: Wenige Wochen nach der (vorläufigen und eingeschränkten) Fortsetzung des Baustops durch das Obergerverwaltungsgericht soll ein Teil der Bürgerinitiativen bzw. viele ihrer Mitglieder wirtschaftlich und beruflich vernichtet werden. Schon zu Beginn des Jahres ist der Versuch unternommen worden, die Initiativen dort weiter zu verfolgen, wo Polizeiknüppel und Justiz nicht mehr oder noch nicht zuschlagen können: Mit einer Einstweiligen Verfügung untersagte die NWK (Nordwestdeutsche Kraftwerke AG) dem Hamburger BUU-Sprecher Fritz Storim unter Androhung einer Strafe von 500 000.-DM (!) irgendwelche NWK-Gelände auch nur zu betreten oder in irgendeiner Weise zur Besetzung aufzurufen. Allein die Prozeßkosten mit über 6000.-DM waren damals geeignet, die Atomkraftwerksgegner erheblich zu schädigen.

Die hier angestrebte Zwangsvollstreckung ist eine bislang in der BRD beispiellose Maßnahme, obwohl auch in Grohnde eine ähnliche Kostenabwälzung angedroht worden ist, d.H. aus Grohnde stehen noch ner Menge von Leuten die "Leistungsbescheide" ins Hause - und die sind teurer als die aus Brokdorf.

Um die offenbar noch lückenhaften Ermittlungsergebnisse zu vervollständigen, ist denn auch nach verschiedenen Berichten die Itzehoer Kripo in den letzten Tagen in Brokdorf und Umgebung aktiv: Angeblich haben während des Lagers unbekannte Flugblattverteiler einen Brokdorfer Atom-befürworter mit Brandstiftung bedroht und so reist denn die Sheriffbande mit Fotos der Anti-Atomdorf-Bewohner unter den Anliegern herum; irgendwas kriminelles muß sich doch schließlich finden lassen

Sofortige Zurücknahme der polizeilichen Kostenforderungen !!

Einstellung aller Straf- u. Ermittlungsverfahren gegen AKW - Gegner !!!

Kein Atomkraftwerk in Brokdorf, Grohnde, Whyll, Kalkar oder anderswo !!!

Vorsicht bei Energie-Prognosen

Tagung des Vereins Deutscher Ingenieure in Berlin eröffnet

In den Ländern der Europäischen Gemeinschaft liegt derzeit Kohle mit einem geschätzten "Energie-Äquivalent" von mehr als 60 Millionen Tonnen Steinkohlen auf Halde. Auch an Uranoxid, dem Rohstoff für die Kernenergie, gibt es zur Zeit keinen Mangel. Bei einem Verbrauch von weltweit jährlich rund 30 000 Tonnen Steinkohleneinheiten (SKE) wird der bereits geförderte Vorrat an Uranoxid auf weit mehr als 100 000 Tonnen SKE geschätzt. Noch bis in die Mitte des nächsten Jahrzehnts wird dieser Überschuss an Energie-Rohstoffen anhalten. Dann allerdings muß mit einer schnellen Verknappung der Primärenergieträger gerechnet werden - wenn sie nicht schon vorher durch unvorhersehbare politische Entwicklungen eintritt.

Für diesen Zeitpunkt gilt es, bereits jetzt Vorbereitungen zu treffen. Das betonte der Leiter der Fachgruppe Energietechnik des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI), Rolschoven (Essen), auf einer gestern in Berlin eröffneten Tagung des VDI zum Thema "Entwicklung des Energiebedarfs und Möglichkeiten der Bedarfsdeckung". Der dreitägige Kongreß, an dem rund 170 Fachleute aus der Bundesrepublik einschließlich West-Berlins teilnehmen, soll - so der wissenschaftliche Leiter der Veranstaltung, Professor Rolsch (Essen) - einen Beitrag zur Versöhnung der gegenwärtigen in scharfer und oft sehr kontrovers geführten Diskussion über die Zukunft der Energieversorgung leisten.

In seinem Vortrag zur Frage "Energierohstoffe - Mangel oder Überfluß?" wies Rolschoven insbesondere darauf hin, daß Prognosen über den künftigen Energiebedarf wie auch Schätzungen über die Rohstoffvorräte mit größter Vorsicht zu genießen seien. So sei zum Beispiel vor 1973, dem Jahr der "Ölpreiskrise", der Weltbedarf an Energierohstoffen für das Jahr 2000 auf 25 bis 30 Milliarden Tonnen Steinkohleneinheiten im Jahr geschätzt worden, während er heute "nur" 8 bis neun Milliarden SKE beträgt. Wenn man unterstelle, daß in Zukunft die Energierohstoffe mehr als in der Vergangenheit als erschöpfliche Rohstoffe angesehen werden und mit einer "vernünftigen" Verbrauchssteigerung von zwei bis drei Prozent jährlich rechnen, komme man auf einen Weltverbrauch von 12 bis 15 Milliarden Tonnen SKE im Jahr 2000.

Daß eine Steigerung des Bruttosozialproduktes nicht unbedingt mit einer Steigerung des Verbrauchs an Energierohstoffen gekoppelt sein müsse, habe die Entwicklung in der Bundesrepublik in den letzten Jahren gezeigt. Bei einem Rückgang des Rohstoffverbrauchs von durchschnittlich zwei Prozent im Jahr sei das Bruttosozialprodukt um durchschnittlich 1,5 Prozent gestiegen. Rolschoven: "Die Auffassung, daß ein hoher Verbrauch ein Beweis für hohen Wohlstand sei, kann man heute mit gutem Gewissen nicht mehr vertreten."

Doch auch wenn Energie nicht mehr verschwendet wird, muß für Mitte der achtziger Jahre mit einer Rohstoffverknappung gerechnet werden. Deshalb müßten, so Rolschoven, bereits jetzt neue Förderkapazitäten geplant, Anstrengungen zur besseren Ausnutzung der Lagerstätten - die beispielsweise beim Öl derzeit nur 25 Prozent beträgt - unternommen und der Verbrauch sachgerecht beschränkt werden. Letzteres könne unter anderem durch eine Erhöhung der Wirkungsgrade bei der Energieumwandlung sowie vermehrte Investitionen für eine Verminderung von Energieverlusten geschehen. Schließlich könnten auch die sogenannten "neuen" Energiequellen wie Sonne, Wind und Biomasse (zum Beispiel Holz) einen Beitrag zur Schonung der Rohstoffe leisten.

Tsp 6.12.77



Gorleben ist überall!



Liebe Freunde, und Ehrliche AKW-Gegner, wir veröffentlichen hier erst mal diese Überlegungen einer kleinen Gruppe von Leuten, die seit dem Sommerlager in Gorleben mit der BI dort zusammenarbeitet. , damit wir, ihr alle schon mal anfangen können, uns was einfallen zu lassen. Es geht nicht an, daß wir den ganzen AKW-Scheiß liegen lassen, und dann, beim nächsten Mal, als ohnmächtige Übermacht angereist kommen, bloß mal eben noch nen neuen Helm kaufen, weil der alte vor Kalkar verloren ging, die Bauern der Umgebung können nur staunen und wir zusehen frustriert wieder ab.

In Gorleben kann es irgendwann mal, und vielleicht ganz schnell, mit Probebohrungen losgehen. Erst allmählich dämmerte uns die ganze Tragweite auch für den Neu- und Weiterbau von AKW's. Nicht umsonst waren Brokdorfer Bauern im Oktober in die Gegend Gorleben gekommen, um zu betonen, daß ihr Kampf gegen das AKW Brokdorf unmittelbar mit dem Kampf gegen die WAA in Gorleben zusammenhängt. Im Brokdorfer Gerichtsbeschuß heißt es ja, daß dort weitergebaut werden darf, wenn erste geologische Untersuchungen in Gorleben eingeleitet seien. Seit den Parteitagen und der DGB-Demo ahnen wir, daß eine solche Entwicklung viel schneller als gehnt gehen kann.

Im Moment ist diese unmittelbare Bedrohung uns allen noch garnicht richtig zum Bewußtsein gekommen.

Wie in Kalkar? Nicht noch mal. Dazu dröhnen uns noch die Parteitagsbeschlüsse in den Ohren. Wir müssen aber Wege aus unserer Ratlosigkeit über die Formen des Widerstands finden, uns aus unserer Fixierung auf eine Form (Gräßdemo) lösen. Auch darf die Verzweiflung, die viele angesichts ihrer Ohnmacht spüren, nicht auf sie selbst zurückfallen. Die in diesem Sinne bisher erschreckenste Konsequenz zog Hartmut Gründler, ein Freund Robert Jungks, am Bußtag, indem er als Protest gegen die für ihn maßlos enttäuschenden Atomenergiebeschlüsse des SPD-Parteitags eine öffentliche Selbstverbrennung machte.

Der jüngste Schwenk bei den AKW-Befürwortern ist, daß die Genehmigung für den Bau neuer AKW's jetzt laufen kann unabhängig von der Endlösung der Entsorgung. Gleichzeitig produzieren die laufenden AKW's ständig radioaktiven Müll. Kein Problem, bis 1981 können wirs ja nach La Hague bringen!! Was dort nicht hinkann, kommt halt in ein Zwischenlager. So führt diese Politik der vollendeten Tatsachen irgendwann zwangsläufig dazu, daß die WAA und das Mülllager nach Gorleben müssen.

Die Genehmigung weiterer AKW's ist nun nicht mehr an die Lösung der 'Entsorgung' gebunden. Der Widerstand gegen jedes weitere AKW, der als zentralen Punkt mit Gorleben hatte, soll aufgesplittert werden.

Die FDP meint, in 4-6 Monaten seien die Voraussetzungen für den Bau weiterer AKW's sicherlich gegeben, d.h. positive Befunde der Bohrungen in Gorleben werden als sicher vorausgesetzt.

Herr Matthöfer sieht eine ähnlich kurze Zeitspanne für die Genehmigung eines Zwischenlagers. Ein solches Lager soll vielleicht nach Ahaus bei Münster kommen. Zwischenlager sind allerdings alle zwei Jahre voll, also: alle zwei Jahre wieder ein neues Zwischenlager, das ganze Land damit übersät, bis endlich die WAA fertig ist. Gibt es keine WAA und kein Endlager in den Salzstöcken, so muß das Zwischenlager zum Endlager werden.

Das kann dazu führen, daß die Bevölkerung in der Nähe eines Zwischenlagers Druck in der Richtung ausübt, daß die in Gorleben endlich die Endlagerung zulassen sollen. In einigen Jahren kann sich dieser Trick mit den Zwischenlagern als die Sache rausstellen, um die Antiatombewegung zu spalten.

Bis 1982 gibt es Verträge mit La Hague, wohin jetzt unser ganzes Gift kommt. Die SPD scheint sich ganz sicher zu sein, daß bis dahin in Deutschland die 'Entsorgung' gelöst ist, weil sie in ihrem Parteitagskompromißbeschuß die Genehmigung neuer AKW's nicht grundsätzlich ausschließt, also zuläßt.

Herr Barthelt, KWU-Vorstandsvorsitzender kann wahrscheinlich ziemlich unbesorgt in die Zukunft schauen. Mußte er noch beklagen, daß durch "Fallgruben" im Inland 20 Milliarden Auftragsvolumen blockiert waren, kann er jetzt annehmen, daß einer munteren Bautätigkeit mit einigen Arbeitsplätzen (der DGB ist auch zufrieden) nichts mehr im Wege steht,

weil Baugenehmigung und Endsorgungsendlösung nicht mehr gekoppelt sind.

"Die Kernenergie benötigt in der Bundesrepublik jährlich im Durchschnitt 6-8 Aufträge für KKW-Blöcke der Größenordnung von Biblis, um überleben zu können."

Wenn wir überleben wollen, der geballten Macht von Milliarden noch was entgegensetzen wollen, nicht in die Fallgruben der neuen Strategie fallen wollen, muß es für uns jetzt heißen:

GORLEBEN IST ÜBERALL !!

Wenn ihr uns zersplittern wollt, werden wir zu vielen Splittern auf eurem Weg!!

- aber mal ehrlich, wie???

Tschuß, liebe Freunde, laßt euch ganz viel einfallen, noch ein paar mehr als hundert Blumen blühen. Wir melden uns zum gleichen Thema auch mal bald wieder, gleiche Welle, gleiche Stelle.

Wir wollten nur erstmal dieses leidige Strahlenthema überhaupt wieder ansprechen.

BÜRGERINITIATIVE

ENERGIEPLANUNG

und

UMWELTSCHUTZ



Stadtteilgruppe Neukölln

Als ein Versuch, neue politische Aktionsformen zu finden, haben wir in einigen Neuköllner Straßen zu einer Aluminium-Sammelaktion aufgerufen. Dazu gingen wir in die Hintertüfe, mit Dideldumdei und Schnedderedeng, verteilten Flugblätter und versuchten, mit den Leuten zu diskutieren. Inhaltlich ging es darum, daß Aluminiumproduktion unheimlich viel Strom braucht und sich für die Kapitalisten nur deshalb lohnt, weil sie den Strom für ca. 2-4 Pfg. pro KWh bekommen und ihn entsprechend verschwenden. So werden dann (Atom-) Kraftwerke "notwendig". Wiederverwertung von Altaluminium wäre letztlich billiger und vor allem umweltfreundlicher. Wir haben nicht besonders viel Alu bekommen, so einige Müllsäcke Cola-Dosen, die wollen wir aber spektakulär verwenden. Dies soll am Samstag, 17.12., 11Uhr in einer recht lustigen Aktion am Karl-Marx-Platz geschehen, der Termin sei wärmstens empfohlen.



Weil wir obiges Bild auf so 'ne eklige Betonmauer in Gropiusstadt gemalt haben, läuft gegen einige von uns ein Strafverfahren wegen Sachbeschädigung. Sie wollen uns kriminalisieren, doch wir werden uns nicht verrückt machen lassen und weiter unsere Phantasie der Berliner Polizeistaatsordnung entgegenblühen lassen.

P.S. Wir treffen uns montags, 19 Uhr, Hobrechtstr. 19 (Laden) und freuen uns immer, wenn noch mehr Neuköllner mit uns freier atmen und aufrecht gehen wollen.

der
nachdem wir einen artikel von uns bei WNZ über INFO und AGIT abgegeben hatten, kam folgendes heraus. keine zeile dieses artikels stammt von uns. eigentlich hatte wir vor, einen kommentar zu diesem vorgang zu schreiben wir haben jedoch gemerkt, daß sich das erübrigt. auf j den fall haben wir vor, leserbriefe zu schreiben. schreibt denen in der buttmannstr.5 (1/65) doch mal

was ihr von dieser zeitung haltet, in der lt.anspruch bürger bürger informieren sollen.

WEDDINGER NEUE ZEITUNG

Wie man Drucker kriminalisiert

Am 17.10.77 wurden bei einer Großfahndung der Berliner Polizei unter anderem die Räume der Agit-Druckerei durchsucht. Dabei wurde das Info-Bug, eine Zeitung sogenannter undogmatischer Gruppen in Berlin beschlagnahmt und zwei Drucker festgenommen, per Haftbefehl. Weitere zwei wurden einige Tage später inhaftiert. Der Grund: Unterstützung einer kriminellen Vereinigung durch den Druck des Info-Bug. Ein einmaliger Vorfall in der Bundesrepublik und Westberlin.

Unzensuriert und ohne Kommentar druckte das Info-Bug Berichte, Meinungen und Stellungnahmen der verschiedenen Gruppen ab. Auch von der „RAF“ – das wurde ihm zum Verhängnis, obwohl die meisten Artikel im Info-Bug sich gegen terroristische Methoden aussprachen. Unzensuriert und ohne Kommentar, eine Methode, die äußerst zweifelhaft ist angesichts der „Aktionen“ eben jener RAF!

Agit-Druck nicht gleich Info-Bug

Weil das Info-Bug anonym und ohne verantwortlichen Redakteur erscheint, wurden die Drucker kurzer Hand für den Inhalt verantwortlich gemacht. Das ist neu, das hat es noch nie gegeben. Denn den verantwortlichen Stellen ist durchaus bekannt, daß Info-Bug und Agit-Druck zwei verschiedene Firmen sind. Die Agit-Druckerei druckte neben dem Info-Bug auch für Bürgerinitiativen und andere Gruppen und Organisationen.

So hatten auch im Juli dieses Jahres die Drucker von Agit-Druck eine Auseinandersetzung mit dem Info-Bug: Sie schwärzten einen Artikel ein, indem ein Anschlag auf die Schwarzfahrerkartei der BVG gutgeheißen wurde. Nach einer Diskussion mit dem Info-Bug sahen sie sich aber nicht berechtigt, Zensur auszuüben. Daraus wurde ihnen jetzt der Strick gedreht: Der Haftbefehl leitet daraus eine Übereinstimmung der Drucker mit allen Artikeln ab. Drucker sollen also zensieren!

Verkehrte Welt

Während des Druckerstreiks im Frühjahr 1976 hatten einige Drucker sich geweigert einen Artikel zu drucken, in dem Unwahrheiten über ihren Streik verbreitet werden sollten. Heute stehen sie vor Gericht, angeklagt wegen Pressezensur. Was diesen Druckern zum Vorwurf gemacht wird, wird den Agit-Druckern zur Pflicht. Das ist die Logik eines Rechtsstaates, der in der Auflösung begriffen ist.

Solidarität tut not

Solidarität mit den Druckern der Agit-Druckerei – nicht mit dem Info-Bug, wo Solidarität wegen seines unreflektierten „Pluralismus“ Problematisches ist notwendig, weil sie undemokratische Maßnahmen ausüben sollen. Das bedeutet jedoch im Klartext, unterlaufen der Pressefreiheit. Letztlich geht es hier um den Bestand unserer Demokratie.



HABT MUT ZU KÄMPFEN!!!!
HABT MUT ZU SIEGEN!!!!!!!!!!!!

langsam müßte eins immer klarer werden (bei uns jedenfalls ist es so), daß wir eine undogmatische zeitung nicht länger ungeschoren machen können, in der jeder alles unzensuriert schreiben kann. wenn es heute die artikel über und von bewaffneten gruppen sind, die 'beanstandet' werden, so sind 's morgen die aufrufe zum streik oder zur anti-AKW- demo oder zum linksradikalen kinderfest... sicher, jede/jeder hat gedacht, daß problem mit juristischen tricks oder so umgehen zu können. natürlich sollten wir die 'spielwiese' (=pressefreiheit!?) reichlich ausnützen und nicht voreilig in den keller ziehen. wer sich die gesetze und sonstigen einschränkungen der vielbesungenen meinungs- und pressefreiheit anschaut, wird aber wohl auf den trichter kommen: das ist ja gar nicht UNSERE wiese...

es wird uns nicht viel nutzen, wenn wir uns nur mit juristische tricks (VisdP; ständig wechselnder Zeitungsname; namentliche kennzeichnung der artikel usw) versuchen abzusichern und alles andere beim alten lassen. juristische tricks können nur unsere hilfsmittel sein, auf die wir uns nicht allein verlassen werden. immerhin wollen DIE uns und unsere kommunikationsstrukturen treffen...das werden sie immer wieder versuchen bis sie's geschafft haben, oder wir SIE schaffen

Viele liebe Grüße an das Ka-De-Nie-Wir können mehr eure

-49-

die zu erwartenden angriffe auf uns können wir nur verkräften, wenn wir näher zusammenrücken und unsere praxis verändern; d.h. für uns: teilweise oder tendenziell KONSPI-zeitungen machen. KONSPI-zeitung heißt nicht, eine kleine 'tapfere' abgehobene militante abfahrergruppe, die den weg zeigt, durchblick hat.... und uns zu konsumenten macht. KONSPI-zeitung heißt für uns, konspirieren um das ~~xxxxxxx~~ erscheinen der unzensierten zeitung zu ermöglichen. die inhalte müssen nach wie vor von den gruppen u. individuen verbraten werden. logisch, wa?!? beim INFO 179 ging's doch, oder?! da wurden doch artikel angefordert, abgeliefert, layoutet und gedruckt. wir haben da sicher noch ne menge zu lernen. vielleicht von ehemaligen oder bestehenden betriebsgruppen. für die stand schon immer fest - ohne das lange dischkutiert werden mußte: nicht erkannt werden um weiter machen zu können!!!

nu ma ganz gongkret: wir sind für das rotationsprinzip!!! feste bestehende gruppen sollten den technikkrams abwechselnd übernehmen(einschließlich vertrieb). wie konspi sie das machen, sollte die jeweilige gruppe selbst entscheiden - so auch: wo sie's layoutet, wo sie's druckt usw. ein wichtiger punkt ist auch - und auch das sollten die gruppen selbst entscheiden: ob sie's öffentlich am mehringdamm tut.

wir halten es für notwendig, daß sich alle interessierten alle 4 oder 6 wochen öffentlich treffen, um einzelheiten wie fahrplan usw. zu besprechen. für uns ist klar, daß nicht zensiert werden darf. es muß klar sein, daß die artikel, die in kneipen, kinos, läden auf die reise geschickt wurden, auch abgedruckt werden.

und nun noch was zu der kritik der beiden von der feuerwache an den KONSPI-machern:

feuerwache und 'solidarität' auszüge aus BUG 1001:

a) "konspi-abenteurer"... "wegen dem triß sich zu beweisen"... "häufchen von arroganten untergrundkämpfern"...
b) "...wollten uns auch noch mit ihrem 'konzept': 'hängt euch gefälligst an uns ran, sonst schweig ihr verlegen, feige, stille' - ihren großartigen verwegenen schlechtpfad beleuchten".

c) "...anstatt zusammen zu versuchen mit dem problem der zensur umzugehen..."

hat EUCH das nicht auch sauer gemacht??? a)=diffamierung plus b)=unterstellung gleich eine art der kritik die mit dem anspruch des INFO mit sicherheit nichts zu tun hat. zusätzlich kommt mit punkt c) noch zensur auf. dies ergibt

B - besonders

U - ungeeignetes

G - gruppen-kommunikationsorgan

auch wir haben zu kritisieren, daß im KONSPI-info anzeigen 'geklaut' wurden. im abdruck alter flugblätter (falls so geschehen) sehen wir allerdings nichts verwerfliches, wenn deren inhalt aktuell und nicht jedem INFO-leser bekannt ist auch außerhalb der uns und der kreuzberger scene soll es leute geben, die sich für flugblätter interessieren. gestört hat uns die mittelseite wegen der zT ausgesucht unmenschlich wirkenden fahndungsphotos, die einfach vom staatschutz übernommen wurden.

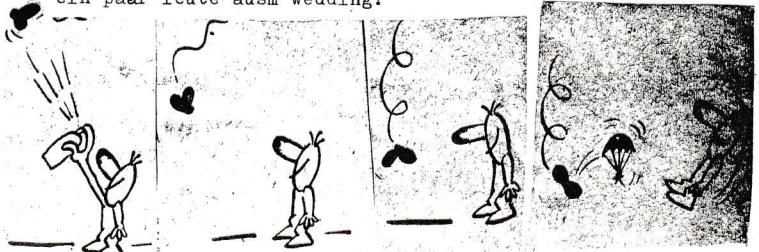
das INFO soll jedoch weiterhin oder jetzt erst recht ein organ zur kritischen und solidarischen auseinandersetzung der sponti-gruppen sein. sofern diese auseinandersetzung allerdings von ängsten bestimmt ist (wie es in dem feuerwachen-artikel ungerer meinung nach der fall ist), sollten wir lernen diese ängste offen auszusprechen, um die k

konsequenzen daraus gemeinsam zu ziehen. so wie diese beiden kreuzberger genossen und leider auch andere mit ihrer angst umgehen, haben wir kein langes BUG-leben und auch sonst wahrscheinlich nicht mehr viel zu erwarten (außer den sachen die uns der staatschutz zugedacht hat).

ängstliche distanzierung ist der erste schritt zur denunziation; selbstzensur der erste schritt zur anpassung - beide unabdingbare voraussetzungen zum funktionieren des OFFENEN faschismus. andersrum gesagt: tatsache ist, daß genossen im 'untergrund' - ~~xxxxxx~~ mit und ohne waffen - für ihre und aller befreiung kämpfen. gegenseitige kritik ist notwendig, zensur schädlich. d.h. daß wir und einerseits mit solchen meinungen wie denen der feuerwache-genossen auseinandersetzen müssen, andererseits mit den vorstellungen der guerilla (und natürlich mit allem, was 'dazwischen' liegt). wir müssen nicht lernen, mit zensur umzugehen, sondern mit unserem ängsten x; diese ängste nicht gegen die eigenen genossen richten ("arrogante untergrundkämpfer"), sondern gegen alles und alle, die diese ängste wirklich verursachen. wir möchten, daß das BUG ein koordinationsorgan bleibt/wird - kein distanzierungsorgan.

VIVA

ein paar leute ausm wedding!



Für die Zeugen eine seelische Tortur

Düsseldorfer Schwurgericht statuierte Exempel an Angeklagter Verhaftung im Maidanek-Prozeß -

Von unserem Mitarbeiter

Düsseldorf, 9. Dezember Die als Massenmörderin angeklagte ehemalige SS-Aufseherin im KZ Maidanek bei Lublin (Polen), die 58jährige Osterreicherin Hermine Ryan-Braunsteiner, sitzt seit 36 Stunden wieder in Haft. Die 13 weiteren Angeklagten im Düsseldorfer Prozeß um die Ermordung von 250 000 Menschen befinden sich nach zweijähriger Prozeßdauer mit bislang 212 Verhandlungstagen weiterhin auf freiem Fuß.

Polnische Überlebende sagten als Zeugen aus, Hermine Braunsteiner, genannt „Kobyła“ („die Stute“), weil sie häufig ihre Opfer mit Füßen trat, habe Häftlinge in die Gaskammern gepeitscht. Vor aller Augen habe sie einen kleinen Jungen erschossen. Diese zurückliegenden Aussagen führten indes nicht zur Inhaftierung der Beschuldigten. Erst jetzt veranlaßte ein Zwischenfall am Abend des 212. Verhandlungstages, die Beschuldigung einer Zeugin, das Gericht, mit der Verhaftung der Braunsteiner ein lange hinausgezögertes Exempel zu statuieren — zur Warnung für die übrigen noch nicht inhaftierten mutmaßlichen KZ-Mörder und ihre teils offenkundig rassistisch-nationalsozialistisch eingestellten Verteidiger.

Weitgehend unbemerkt von der inländischen Öffentlichkeit, war der Maidanek-Prozeß zu einer schweren seelischen Belastung der aus Polen und Israel geladenen Zeugen geworden. Im Gerichtssaal und während der Verhandlungspausen in den Korridoren und Aufenthaltsräumen des Gerichts trafen sie unmittelbar mit den Angeklagten zusammen und wurden häufig von ihnen angesprochen. Es gab öfter erregte Auseinandersetzungen. In den Verhandlungen wurden die Zeugen, die zu den wenigen Lebenden aus der NS-Mord-

fabrik Maidanek befreiten Häftlingen zählen, immer wieder von den Verteidigern mit teils haarsträubenden Fragen und Argumenten unter Druck gesetzt.

Am Donnerstagabend nun machte sich Hermine Braunsteiner an eine polnische Zeugin heran, zischte ihr auf dem Flur die Worte zu: „Lügnerin, sag die Wahrheit, du!“ Dieser Vorgang wurde dem Gericht unter anderem von einer zur Betreuung der Zeugin eingesetzten Rotkreuz-Schwester in einer offiziellen Aussage mitgeteilt. Nach längerer Beratung verkündete das Schwurgericht, die Angeklagte sei sofort in Haft zu nehmen, weil sie in unlauterer Weise massiv versucht habe, die polnische Zeugin einzuschüchtern. Durch die Androhung mit „du“ habe die Angeklagte die Erinnerung an das frühere Verhältnis der SS-Aufseherin zu Häftlingen wachgerufen. Der 1976 gegen 17 000 Dollar ausgesetzte Haftbefehl gegen die Osterreicherin, die als Ehefrau eines Amerikaners in New York aufgespielt worden war, müsse auch wegen Verdunklungsgefahr jetzt wieder vollstreckt werden.

Das blanke Grauen beherrscht seit langem den mutmaßlich letzten Prozeß vor deutschen Gerichten. Qual und Entsetzen stehen den Zeugen aus Polen und Israel noch heute in den Gesichtern geschrieben, wenn sie oft mühsam und dem Zusammenbruch nahe die Bestätigungen der SS-Schergen in Maidanek schildern, von denen in Düsseldorf nur noch 14, darunter fünf Frauen, angeklagt werden konnten. Eine 15. Angeklagte starb inzwischen 73jährig.

Den einzelnen Angeklagten muß nach mehr als 30 Jahren nachgewiesen werden, an welchen Mordtaten und Grausamkeiten sie jeder einzeln und persönlich beteiligt waren. Hunderttausende Polen, meist Juden, aber auch Kriegsgefangene, wurden in Maidanek — so

ergab der Prozeß bisher ohne geringsten Zweifel — vergast, erschossen, totergeprügelt, totergeprügelt, erdrosselt, erhängt, mit Bajonetten erstochen, mit Spaten erschlagen. Berufsverbrecher fungierten auf Befehl der SS-Aufseher als Henker am Galgen. Häftlinge mußten helfen, wenn ihre vergasten Leidensgefährten bis zu tausend täglich verbrannt und die übrigen Leichen in Massengräbern verscharrt wurden.

Ungeführt und anscheinend teilnahmslos hören die Angeklagten den Zeugen Aussagen über die grausamen Maidanek-Exzesse zu. Eine polnische Dolmetscherin und Fernsehsprecherin, die — damals 20 Jahre alt — in Maidanek inhaftiert war, beridete über die furchtbarste Sätanei im Lager:

„Die schrecklichste Selektion, die wir beobachteten, war die Selektion jüdischer Frauen und Kinder aus dem Warschauer Ghetto. Den Müttern wurden ihre Kinder weggerissen. Als die Lastautos mit den Kindern zum Krematorium fuhren, wußten sie es genau, wußten, daß ihre Kinder lebendig verbrannt werden. Sie standen da wie versteinert. Erst als die Wagen mit den Kindern verschwanden waren, fielen sie zu Boden und beteten laut. Jeder von ihnen in ihrer Sprache, jede in Gebeten ihres Glaubens.“

Die Zeugin spricht weiter: Die SS-Männer im Ermorden von Frauen waren, man kann nicht sagen niederträchtig, sie waren ihnen eine sadistische Genugtuung. Fiel ein Häftling, Mann oder Frau, zu Boden, stürzte ein SS-Mann auf das Opfer zu, legte ihm ein Stück Holz auf den Hals, stellte sich darauf und wippte solange, bis das Opfer erstickt war. So etwas zu tun war kein Befehl. Hier wurde deutlich, daß es ihm Spaß machte zu töten.“

Jedem einzelnen Angeklagten in Düsseldorf legt der Staatsanwalt Tötungen zur Last. Bis zu 1196 Menschen soll allein die Angeklagte KZ-Aufseherin Hildegard Lachert eigenhändig umgebracht haben. Oft kommen Schulklassen der oberen Stufen in den Düsseldorfer Prozeß. Die junge Generation von heute, das kann man nach 212 Prozeßtagen sagen, hält die Konfrontation mit den NS-Massenverbrechen für notwendig und diesen Prozeß für unbedingt richtig. Die Jugendlichen weisen Anbiederungsversuche von neozynistischen Gesinnungsgegnern der Angeklagten meist brüsk ab, die sich auf den Gerichtskorridoren an die jungen Menschen heranmachen und ihnen Maidanek als eine große Lüge „erklären“ wollen.

30 000 DM Kosten pro Sitzungstag entstehen den jungen Menschen nicht zuviel, um die 14 Beschuldigten ihrer Strafe zuzuführen. Trotzdem wird die Bundesrepublik in Israel und Polen seit langem attackiert, weil der Prozeß sich derart in die Länge zieht, weil nazistische Anwälte Zeugen mitunter nahezu „terrorisieren“, weil die Angeklagten trotz massiver Vorwürfe nicht in Haft sind. Letzteres verstehen auch junge deutsche Prozeßbeobachter nicht.

Fast alle Angeklagten werden zunehmend schwerer belastet, bis auf den früheren Schutzherr August Wilhelm Reinartz vielleicht. Ein polnischer KZ-Häftling, ein Arzt, bescheinigte ihm „menschliche Einstellung bis zuletzt“.

Die jugendlichen Prozeß-Zuhörer gehen mit einem für sie rätselhaften Eindruck nach Hause, den ein Schüler so zusammenfaßt: „Die Angeklagten sehen alle so normal, so bieder aus — sie könnten mein Opa oder meine Oma sein.“ Hans Willenweber

ZUM LETZTEN ITALIEN-ARTIKEL

8.12.77 Italiens Arbeitslose gehen aufs Land Besetzung von unbewirtschaftetem Ackerland durch Jugendliche

Rom (dpa). Zu Hunderten ziehen seit einigen Monaten junge arbeitslose Italiener mit Fahren, Gesang und einem guten Vorrat an Enthusiasmus aufs Land und nehmen Acker in Besitz, die oft seit Jahrzehnten keinen Pflug mehr kennen. Rund 2 Millionen Hektar, acht Prozent der Gesamtanbaufläche, liegen auf der Apenninenhalbinsel brach. Ein noch größerer Teil wird nur gelegentlich und extensiv bestellt. Jahrzehntlang haben Millionen von Südtalenern ihre Scholle mit den Fabrikern des Nordens vertauscht. Die Folge: Italien mußte anstatt Lebensmittel zu exportieren, diese massenweise einführen. Die gleichzeitige Hoffnung auf eine Industrialisierung Südtaliens entpuppte sich als Illusion.

Während in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Landesbesitzer von der Polizei mit Waffengewalt vertrieben wurden, verfolgen die Regierenden heute die Landnahme mit Sympathie, und der Gesetzgeber ist dabei, die Besetzungen zu legalisieren. Ein im Parlament behandeltes Gesetz macht schlampigen Gutsherren, die ihr Land zwei Jahre lang nicht ordnungsgemäß bewirtschaften, zur Auflage, einen Anbauplan vorzulegen. Wenn die Besitzer dem nicht nachkommen, können die Acker anderen zur Nutzung überlassen werden. Mit der Nutzung dieser Flächen könnte Italien zwei Probleme auf einen Schlag lösen:

dahin arbeitslose Akademiker, daß der Mailänder „Giorno“ etwas unglaublich fragte: „Wollen sich die Herren Doktoren tatsächlich die Hände schmutzig machen?“

Wenn Sie nichts weiter können, als CDU-Repräsentanten, aber auch andere an den Pranger zu stellen, die für Recht und Ordnung eintreten, dann muß Ihre Zeitschrift in die Reihe der Vertreter eingereiht werden, die die totale Freiheit und damit den „Nachtwächterstaat“ wollen. Sie rücken dadurch sehr nah an die von Ihnen so sehr verteidigten Sympathisanten wie Böll und die evangelischen Theologen heran.

BRUNNSCHWEIG JOACHIM CLEMENS
Allgemeiner Arbeitgeberverband
Braunschweig e. V.

Der Spiegel, 43.1977

HIER FEHLT WAS. SORRY
FORTSETZUNG & FOLGT
nächstes mal?

berliner
extra
dienst, 9.12.77

PROTEST

EXTRA
dienst

Die mitgliederstärksten gewerkschaftlichen Organisationen von Richtern und Staatsanwälten in Frankreich und Italien, das „Syndicat de la Magistrature“ und die „Magistratura Democratica“, haben uns nachstehende Erklärung zuleiten lassen.

RICHTER UND STAATSANWÄLTE AUS ITALIEN UND FRANKREICH: RETTET DIE DEMOKRATIE IN DER BUNDESREPUBLIK

Angesichts der Entwicklung der Situation der demokratischen Freiheiten in der Bundesrepublik Deutschland haben die Organisationen italienischer und französischer Richter und Staatsanwälte — „Magistratura Democratica“ und „Syndicat de la Magistrature“ — beschlossen, diesen gemeinsamen Aufruf zu veröffentlichen:

Sie stellen fest, daß die grundlegenden Rechte der menschlichen Person, verkündet im Grundgesetz, in der Erklärung der Menschenrechte und in der Europäischen Menschenrechtskonvention, nach und nach eingeengt werden als Kampfmittel in der politischen Auseinandersetzung, wobei die Position der Kontrahenten oft gleichgestellt wird mit dem Terrorismus.

Sie weisen auf Maßnahmen hin, die diese politische Auseinandersetzung abwürgen, wie z.B.:

- die Berufsverbote,
- die Lebensbedingungen der politischen Gefangenen, die einer vollkommenen Isolation und der Willkür der Herrschenden unterworfen sind.
- die Ausschließung der Rechtsanwälte und selbst Angeklagten von gewissen Prozessen,

— die Benutzung von telefonischen Abhöranlagen und die Durchsuchung von Rechtsanwaltsbüros, sowie die gegen einzelne Rechtsanwälte gerichteten Disziplinar- und Strafverfahren — Verfahren, die allesamt Verletzungen des Rechtes auf Verteidigung darstellen,

— die Aufrufe zur Massendemonstration, die ein Klima von Verächtlichkeiten und Gewalttätigkeit schafft, das außer Kontrolle zu geraten droht,

— die Schaffung einer Psychose, mit deren Hilfe versucht wird, jegliche sogenannte „extremistische“ politische Position dem Terrorismus oder einer Unterstützung des Terrorismus gleichzusetzen.

Sie erinnern daran, daß:

— einerseits, was auch immer die Schwere der zu verfolgenden Tatbestände sein mag (und auch, wenn diese Tatbestände die einstimmige und gerechtfertigte Verurteilung der öffentlichen Meinung in Deutschland und im gesamten Ausland hervorgerufen) — doch nichts selbst nicht die Staatsräson, diese Verletzung der Grundrechte, dem Festungswall der Demokratie gegen Willkür, rechtfertigen kann;

— andererseits ein auf demokratischen Grundsätzen beruhendes System wie das der Bundesrepublik Deutschland sich nicht verteidigen kann, indem es seine eigenen Grundsätze verletzt, ohne dadurch die Freiheiten aller Bürger in Gefahr zu bringen.

Sie sind beunruhigt wegen der Entwicklung der staatlichen Gewalttätigkeit, die die politische Auseinandersetzung nur noch mehr aufreizen und den Terrorismus zu nähren vermag. Dadurch wird der Terrorismus nur weiter zunehmen und sich auf andere europäische Länder ausbreiten.

Sie appellieren an die politische öffentliche Meinung, insbesondere an die Organisationen der Richter und Staatsanwälte, und an deren Verpflichtung auf grundsätzliche Rechtsprinzipien: Sie sollten auf ihre Regierung einwirken, damit dieser Ausnahmezustand ein Ende gesetzt wird und die Gleichheits- und Freiheitsgrundsätze, ohne die die Demokratie stirbt, auf alle angewendet werden.



>HAST du was gewußt, Emil! <?
hier von!
da von - wovon?
daß mein hauswart nazi war?
ich dachte dein alter lehrer!
NEIN! von der ideologie!



horoskop:



Von unseren hausastrologern - innen

HÖFTLINGSKOLLEKTIV

1000 BERLIN 36

DRESDNERSTR. 22

laden brot & feile
sonnabends von 14 - 16 uhr

am letzten donnerstag stand der 18 jährige türke c, aus kreuzberg vor gericht. sein verbrechen war, ein kaputtes fahrrad durch die waldemarstr. geschoben zu haben. dies fiel einer funkstreife auf. (klar, einhöchst auffälliger mensch: ausländer schiebt fahrrad anstatt zu fahren) die bullen wollen seinen ausweis sehn, er hatte aber keinen dabei. er sollte also zur bullenwache mitgehen, dem berüchtigten revier 108 in der wrangelstrasse (berüchtigt für die "übergriffe" der bullen, der fall hähnisch aus dem jahre 1974 ist wohl der traurigste bis heute und vielen noch in erinnerung!) der junge türke wehrte sich also und bald war ver stärkung da. c. wurde in den funkwagen geschleift zusammengeschlagen, ebenso ein landmann der ihm zu hilfe kam. dann war er eine stunde auf dem re- vier 108, worüber es keine zeugen gibt... c. war dermaßen verletzt, daß er ins urbankranken- haus eingeliefert werden mußte. (die bullen weig- ten sich dies zu veranlassen) er hatte unter anderen eine starke gehirnerschütterung und der behandelnde arzt bestätigte ihm, daß er mit spätfolgen zu rechnen habe. wie üblich in solchen fällen wird der spieß herum gedreht: die bullen vom 108er revier zeigten c. an wegen widerstand. (vor gericht sind die täter die zeugen!) im prozess will die richterin das ärztliche gutachten so verstanden wissen, als wär c. sowieso schon im kopf geschädigt gewesen und empfahl ihm, sich dringend in psychiatrische be- handlung zu geben!!! sie rang ihm auch mit vielen tricks das "geständnis" ab, daß er sich gewehrt ha- be. (was zu keiner zeit bestritten war, da er sich im recht fühlte) die verhandlung wurde dann "groß- zügig" mit einer ermahnung beendet. das bedeutet, daß die anzeige wegen körpverletzung gegen die bullen vom 108er revier eingestellt und die ganze sache beigelegt wird. so kamen die bullen zum xten male ungeschoren davon, entsprechend dem spruch der richterin: das vergehen des c. (widerstand ge- gen die staatsgewalt) wird aufgewogendurch das, was er im polizeigewahrsam erleiden mußte! ! ! wir fordern alle auf, die irgendwie im zusamen- hang mit dem 108er revier in der wrangelstrasse etwas wissen, uns daß mitzuteilen!



anmerkung: nachdem wir wiederholt darauf angespro- chen wurden, stellen wir fest: unsere parole ist weiterhin FREIHEIT FÜR ALLE GEFANGENEN. jedem, der noch unseren beitrag auf der abschlusskundge- bung vor moabit gehört hat, wird dies klar sein, (unseren redebeitrag vorm frauenknast verhinder- ten die rh's) wir werden darüber im nächsten info ausführlicher berichten.

Keiner hat das Recht, Menschen zu regieren!

Liebe Leute, die Ihr mal für ein gewisses INFO-BUG Abogeld bezahlt habt, eigentlich gibt es le keinen Grund, warum Ihr jetzt nicht ein Bug bezie- en solltet Um Euch das Ablöhnen leichter zu machen, wollen wir Euch einen kurzen Einblick ins Westberliner Sumpf- geschehen der letzten Wochen geben-merkt auf: Also als hier am Montag, 17.10, ein Bullenrund- schlag 11 Leute einfahren ließ, im Laufe der Woche noch weitere (Drucker) verhaftet wurden, beschlos- sen wir, uns zu wehren, und das nächste Info am 23 wwie immer öffentlich mit vielen, vielen Leuten zu machen. So an die 200 waren auch zugange, als die Bullen das Büro am Mehringdamm überfielen, wie ihr sicher alle wißt 40 Leute mußten diesmal mit, ge- n alle läuft §129 a. Da wars mit unserm (Über)Mut vorbei, wir haben erfahren müssen, daß die Bullen keinen Vorwand mehr brauchen, um einzugreifen, denn ein Beschlagnahmebeschluß für eine Nummer, die gar nicht fertig war, und in der überdies nichts böses gestanden hätte, wie übrigens auch schon in allen vorigen seit der Schleyer-Kiste, ob wir vorher je- mals was böses drin hatten-sei dahingestellt, es gibt bekanntlich verschiedene Auffassungen von Recht Über diese unsere Differenzen mit der Staatsanwalt- schaft gab es denn auch wochenlange Dispute unter uns. Das Info erschien noch einmal mit den Sachen, die bei dem Überfall gerettet werden konnten, einen Tag später (Triumph)! Nächste Woche gabs wieder ein s, die Auflage wurde kleiner, die Buchläden tra- ten sich nicht es zu verkaufen, schließlich ging ein Raunen durch die Szene, man solle da und da Artikel zur Situation abgeben, es würde nun noch ein SonderINFO mit dieser Diskussion geben, und dann wäre erstmal Sendepause, klar, das INFO war ni cht mehr das INFO, nicht öffentlich gemacht, nicht öffentlich zu kriegen, (Auf dieser Maschine gibt es keine Punkte, deshalb immer Kommas-Tschuldigung), Diese Diskussion in der Sondernummer brachte i eigentlich nicht viel anderes, als wir in tausenden von Gesprächen in Gruppen von 150-2 Leuten immer wieder überlegten- wir wollen eine offene Zeitung ohne Zensur-ohne Bullenbesuche, ohne Genossen im Knast, deswegen. Es erschien unmöglich, die Bullen haben außer Angst auch reichlich Desorientierung in die Szene getrag- en, müssen wir offen zugeben, die wissen es sowieso- wir müssen daraus lernen. Einigen Genossen dauerte, vor allen nach der Zu- spitzung der Umstände nach Ingrid Schuberts "selbst mord" das Erscheinen des nächsten INFOS aller zu lange, sie nahmen an der Diskussion nicht mehr Teil, und fanden es wichtiger, etwas rauszugeben. Es erschienen also zwei Konspi-INFOS, die auch als solche gekennzeichnet waren, ohne mehr vorzumachen

Die meisten Gruppen, die bisher das Info getragen hatten reagierten mit etwas Distanz, und auch mit verstärkter Diskussion, über Alternativen, So entstand ein INFO 179,5 (Die Konspi-INFOS hießen 180, 181) mit weiteren Diskussions-vorschlägen und schließlich und endlich das BUG, am 5.12, Wir meinen, daß wir mit dem Akzeptieren des bür- gerlichen Presserechts, keine Unnötigen Kompromis- se eingehen, sondern nur der traurigen Realität Rechnung tragen, daß die AGIT-Genossen im Knast sitzen, weil die Bullen sie für Sachen verantwort- lich machen, die nicht von ihnen sind, und mit den- nen sie nichts zu tun haben. Wir wollen keine Zen- sur, aber wenn einer "gefährliche" Sachen in Arti- kelform vertritt, sollte er sie auch namentlich vertreten, wenn die Alternative die Gefährdung von Druckern und Buchhändlern ist. Läuft das nicht, müssen andere Formen gefunden werden. Solange kriegt Ihr, liebreizende INFO-Abonenten die BUGs, wenn ihr nicht wollt, schreibt uns. Knete brauchen wir auch, in der nächsten Nummer geben wir Euch unser Postscheckkonto an, ihr könnt ja schon mal für eine nette Weihnachtsspende sparen,

IHR LIEBEN LEUTE, ICH FINDE NICHT DAS DIE DISKUSSION UM DIE VERANTWORTLICHKEIT DAMIT GEKLÄRT IST!!!!!! UND MÖCHTE DAS IHR EUCH DARUM AUCH GEDANKEN MACHT! ALSO SCHREIBT MAL ODER KOMMT RUM.

HALLO IHR FEUERWACHTER !

Ihr seid nächste Woche dran mit BUG Machen.

Nicht vergessen 17^{er} Mehringdamm 99

Eieieie!!!



Vorweihnachtlicher Besuch
Ehepaar Waldmeister sitzt in ihrem feudal-überladenen wohnzimmer, bei weihnachtsgebäck und kerzenschein. draußen tobt ein winterlicher schneesturm, der wind p feift um das haus.

im fernsehen wurde gerade die neueste fahndungssendung g ausgestrahlt. Etwas besorgt denkt lena waldmeister über ihre kinder nach, ihren sohnder kürzlich heiratete und nun mit seiner frau in einer naheliegenden ortschaft lebt, und ihre tochter eva, sie macht ihr in letzter zeit des öfteren kopfzerbrechen. was mußte sie auch nach berlin ziehen, um dort zu studieren. ob berlin das richtige für sie war?

plötzlich wir sie durch den schrillen ton der klingel aus ihren gedanken gerissen. wer mag das wohl sein, sie erwarten doch gar keinen besuch. harry waldmeister erhebt sich aus seinem lehnsessel, verärgert, daß er seine interessante bild-lektüre nun unterbrechen muß um die türe zu öffnen. vor ihm steht oberwachtmeister tippel, der ihm mit ernsten ausdruck in die augen sieht. es ist ihm sichtlich unangenehm, diesen besuch durchführen zu müssen. aber da er nun schon mal hier ist, muß er auch raus mit seinem anliegen.

es handelt sich um die tochter eva waldmeister, die seit einiger zeit in berlin an der zeitung info bug mitmachte und bei einer großaktion der polizei und des zdf am 23.10.77 in den redaktionsräumen verhaftet und später erkennungsdienstlich behandelt wurde. es läuft ein ermittlungsverfahren wegen §129 unterstützung terroristischer vereinigungen gegen sie.

dies alles weiß jedoch wachtmeister tippel nicht. ihm wurden lediglich die edfotos ausgehändigt, mit der bemerkung es handle sich um §129. etwas anderes konnte er also harry und lena waldmeister auch nicht sagen. er erzählte also nur, es handle sich um die gründung einer terroristischen ver*inigung. dem schlaganfall nahe bestätigte h.w. die identität seiner tochter mit der person auf den fotos. lena mumelte nur fassungslos, wie konnte eva uns das nur antun.

nachdem wachtmeister tippel gegangen war, beschlossen lena und harry sofort die 600 km nach berlin zu fahren und ihre tochter aus den üblen kreisen herauszuholen und mit nach hause zu nehmen.

gegen 23h standen sie dann auch tatsächlich vor der wohnungstür ihrer tochter. nun wurden sie von eindrü cken regelrecht erschlagen: posters an der wand mit der aufschrift ulrike meinhof ermordet u.ä. matratten auf dem boden, überall lag etwas herum, wie konnte ihre tochter nur solch ein leben führen. noch schlimmer verlief für sie dann das gespräch mit ihrer tochter, die ihnen sehr schnell klar machte, daß sie von solchen besuchen nicht viel hielte, und sich auch nichts einreden ließe, wobei sie mitmacht und nicht. so zogen sie denn am nächsten tag auch wieder von dannen.

dies ist keine erfundene geschichte, sondern sie spielte sich in der letzten woche tatsächlich bei mir ab. ich kann dazu nur sagen, daß die strat egie der bulle n uns einzuschüchtern, indem sie zu unseren eltern gehen, und schaudermärchen verbreiten fehlgeschlagen ist. es führt nur dazu, daß wir bald vollkommen gegen diesen psychoterror gepanzert sind.

! die leute, die am 23.10. verhaftet wurden und sich noch nicht auf unsere liste gesetzt haben sollen doch mal bei der rh anrufen. 693 21 99 !

Es ist sicher schon in vergessenheit geraten, aber trotzdem ...
Noch mal was zum TRAVEN - BOXEN.

Ich habe vor der 2. Veranstaltung beim Verwaltungsgericht eine einstweilige Verfügung beantragt, damit die Veranstaltung nicht durchgeführt wird. Dies wurde abgelehnt, mit der Begründung, ich sei ja davon nicht betroffen, und außerdem beinhalte die Veranstaltung keine sexuelle Handlung. Die Kosten für das Verfahren muß ich jetzt tragen. Das sind zwar nur 60,- DM, aber ich habe weder Lust, noch Knete, das alleine zu bezahlen. Ich fände es ganz gut wenn ihr mal ein Paar Pfennige Cookermacht. Überschuss geht an die Agit Drucker. Also, kommt mal vorbei am hehring-damm, oder gebt den Leuten in den Kneipen was aber dazu sagen woher es ist. (7) (8)

KEINE KRIMINALISIERUNG
DES INFO-BUG !



INFO

BREMER
UNDOGMATISCHER
GRUPPEN 17/18

INFO - INFO - INFO - INFO -

Wir lassen uns nicht unterkriegen!



INFO

bielfelder
undogmatischer
gruppen

1.-dm

INFO - INFO - INFO - INFO -

Leitungsgruppe

Nummer
2.12.77

solidarische
Grüpe vom BUG
an alle INFO BUG's
right on
INFO Bug ist eben
doch nicht klein
zu kriegen

zur "Stellungnahme" der SPAK - AG in Info-
BUG Nr.176.

Diese "Stellungnahme" bezog sich auf einen Artikel aus Info-BUG 168 ("SPAK-AG - Unheilbar gesund?"), der die Praxis der SPAK-Ärzte im Zusammenhang mit internationalen ärztlichen Gesundheitsstrategien (Strategien zur Abtreibung des Widerstands in und aus der Krankheit) be-griff.

Was der Info-Leser in der "Stellungnahme" dazu vorgesetzt bekam, kann der kritische Leser bestenfalls als eine Art Notoperation zur Rettung des guten Rufes mittels Verdummungstechnik bezeichnen: Eine in dem Artikel eher am Rande erwähnte Sachverständigentätigkeit der SPAK-AG im Bundestag wird ins Zentrum gerückt und dreist als Lüge diffamiert, um so den gesamten Inhalt des Artikels als ungläubwürdig erscheinen zu lassen.

Aber auch bezüglich dieser Tatsachenbehauptung läßt sich der aufmerksame Leser nicht so schnell und plump hereinlegen, zumal ihn höchst offizielle Regierungsschriften eines Besseren belehren: In der Materialsammlung I zur Psychiatrie-Enquête (Hrsg.: Gesundheitsminister) kann jeder nachlesen (S.118,120,152), daß die Spak-AG am 23.4.1971 bei der Anhörung von Sachverständigen vor dem Gesundheitsausschuß des Bundestages durch einen Freiburger Mitarbeiter vertreten war.

Die Operation ist also mißglückt - dies übrigens ganz in Anlehnung an die üblichen ärztlichen Operationspraktiken, nur ausnahmsweise mal nicht zum Schaden der Patienten. Daß diese Ärzte aber nicht einmal vor dem Kunstgriff zurückschrecken, sich von sich selbst zu distanzieren bzw. sich selbst zu verleugnen, um sich reinzuwaschen und gesundzuschimpfen, legt das nicht die Vermutung nahe, daß sie das wohl äußerst nötig hatten, d.h. in Nöten waren?

Uns ging wie allen anderen Redaktionen
folgende Erklärung zu.
Wir nehmen an, daß es auch andere
Zeitungen abdrucken.



Bankfiliale brannte aus

Am Freitag heute früh in Kreuzberg

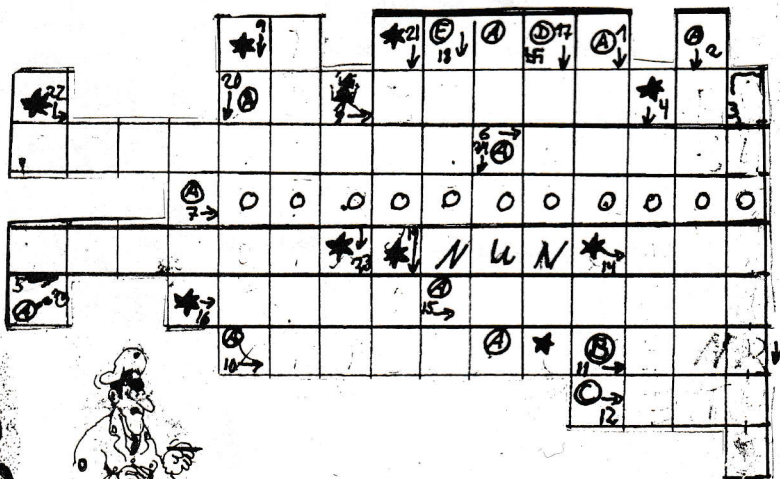
Derzeit (1968) ist die Bankfiliale, was heute in den frühen Morgenstunden
ausbrach, der Bank der Arbeiter und Arbeiter in Hochhauskomplex an der Adalbertstraße
Nr. 44-46 in Kreuzberg. Trotz der Ausbreitung der Feuerwehre brannten die Räume fast
völlständig aus. Nach ersten Schätzungen beträgt die Höhe des Sachschadens etwa 250.000
Mark. Nach ersten Ermittlungen der Polizei hatten die beteiligten Täter vermutlich
den Brand absichtlich durch die Störungsarbeiten gesetzt.

revolutionäres kreuzwörterrätsel

- 1 der brunnfschrei des bullens
kennzeichen für irrländ
- 1 höfliche anrede für den staatsschutz
beamten
- 3 menschliches empfinden bei dem an-
blick der titelseite
- 14 fluss der durch burgdorf führt
- 11 abkürzung für schneller brüter
(nein danke) und für distan-
zierer
- 12 abkürzung für euskadi te askatsuna
(baskenland und freiheit)
- 13 bekommt man manchmal beim bug
- 10 übles sprechrohr der sozialim-
perialistischen clique
- 2 treue käufer des bug's
- 6 ziel des revolutionären hungers
- 3 das gegenteil von überbau
- 7 das letzte wort am sonntag
- 24 schwarz fahren
- 17 frauenname
- 8 mönchsorden
- 14 lateinisch : bein
- 20 russisch: ... das uidaania atuumkrot ?
- 23 gegenteil von nein
- 16 fluß in spanien
- 5 unser vorschlag, statt guten morgen
- 22 zur sagen, ... euch
- 22 akw-produkt, auch deshalb gegen kkw's
- 21 abkürzung für berliner unfähiger gruppen
- 4 zusammengequetschter kreis



7 lösung ergibt den namen des presserechtlich
verantwortlichen



Da unsere Erklärung
übersehen wurde:

4. DEZEMBER Mord an Georg Rauch

18 10 massaker in
stammheim

Freiheit für alle
gefangenen

2 Adyemini

laut informationen wurde zuerst ein mann festge-
nommen, der mehrere mal erklärt hatte, er werde
diese bank in die luft sprengen, da ihm mehrfach
kredite verweigert wurden.
ein paar zeitungen stellten hierzu fest, dies sei
wohl eine unpolitische tat, obwohl die leute, die
die bank ausluden, eine erklärung an tatort zu-
rückgelassen hatten.

Mit Musik geht
alles besser!



Trotz Mp's und
Liebe Leute nicht
verzagen!!



Für ganz Dumme, die das
Kreuzworträtsel nicht lösen
können

IMPRESSUM

V.i.S.d.P. J. ORLOK
Blücherstr. 37 1/67

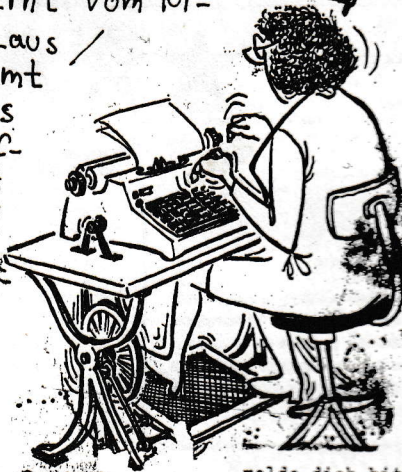
Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Auflage: 3000

KLEINANZEIGEN: Bitte an: Lernt vom Ni-

BOB 1161 Mehringdamm 99/Keller
Zwei 1-Zi.-Wohnungen in Kreuzberg 36 werden dem-
nächst frei, Außenklo. Eine hat Durchlauferhitzer!
Übernahme einiger Sachen dringend erwünscht, bil-
lig. Die eine Wohnung kann ziemlich sofort bezo-
gen werden. Miete: 79.- bzw. 88.-DM Tel.: 6185976
Wir verkaufen: großes stereo-Radio (evtl. mit 2
Bänken) 35.-, neuer Staubsauger, 1 Schreibmaschi-
ne (diese hier) 50.- und....
Wir suchen: 2 paar Winterstiefel (auch Boots)
Größe 41 bzw. 39-40, wenns geht geschenkt, war-
men Schlafsack und 2 große Rucksäcke bzw. das
Geld dafür, wenns geht geschenkt. Tel.: 6185976

Kolaus /
räumt
das
Kauf-
haus
aus!

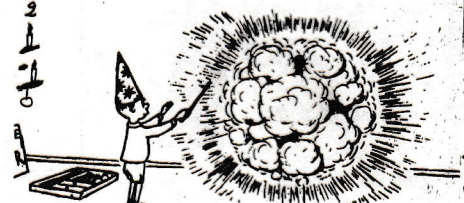


TERMINE:
Di. (13.12.), 19.00 Uhr,
70-Audimax,
Veranstaltung
unter anderem
m. Robert Junk, der
aus seinem neuen
Buch „der Atom-
staat“
liest. (siehe auch Seite 2)
nächste Redaktions-
sitzung am 18.12.
um 19.00 Uhr hier im
Laden (Feuerwache)

DRINGEND? DRINGEND! DRINGEND! DRINGEND! DRINGEND!
wir werden irre!!! wenn wir nicht bald ein tolles
adresslein in w-deutschland, dänemark oder holland
von einem häuschen, wg, hof kriegen. wir wollen zwischen
weihnachten '77 und sylvester unsere nerven im schnee
baden. unbedingt alle informationen an 4941967!!!!



Unsere kleine Weihnachtsfeier
durf auch diesmal nicht fehlen



Wir (Ilse, Gernot, Anneliese, Karl-Hans, Ursel,
Frank) suchen eine liebe Frau für unsere WG.
Am liebsten jetzt gleich. Ruf mal 3421244 an!!!

Auflösung des Bilderrätsels:
Haut den Bullen und die Cow da
platt wie ne Stulle mit Gouda

Kinder u Jugendtheater sucht weitere mitarbeiter
(Schauspieler) für lange, verrückte Auslandstournee
ab sommer 78. Theatergesell. Myliusstr. 24/5 köln 30
T.: 022 / 520775. Wer verzweifelt eine gastspielgrup-
pe sucht, meldet sich ebenfalls

Theaterkollektiv "Oppodeldok" gibt Gastspiele. Infos
u Buchung: "Oppodeldok", scharnitzerstr. 6, 8032 gräfel-
fink T.: 089/851356

Mache MESSAGE-einführung, KONFLIKTberatung und all
so'ne Sachen mit bestehenden Gruppen (Selbsthilfe-
gruppen, Wohngemeinschaften usw.) T.: 2623106

Wohnungen für Studentische WG's, gib's im Studenten-
dorf am Schlachtensee. Genauere Informationen: Studen-
tenwerk Berlin-Zimmervermittlung, hardenbergstr. 34
T.: 3112317 (die, mitt, don., 9-11)

Welche Frau hat Lust bei uns einzuziehen? Wir
sind 3 und 38, 38 und wohnen in 3 ausgebauten
Fabriketagen in Neukölln. Tel.: 6241737
Es ist immer wichtig den Annarsch zu folgen.

Die 1A-Fußballmannschaft aus der Weserstraße
"MUKS" wird von ihren Fans herzlichst begrüßt
und geknutscht. Nehmt Eure Niederlage nicht
so tragisch.

Wir suchen 8-10 Zimmerwohnung bis 1800.- warm. Zum
Tausch haben wir 8-Räumewohnung für 440.- kalt (dunkel,
kalt, zum Teil nass- für Pilz- und Fotolaborfreunde)
in der Zossenerstr., 1/61 und 2-Ziwohnung (1 Durch-
gangszimmer, hell und freundlich) in 65
693 61 05, 461 58 45, 414 22 76 und 693 84 01

Bitte zur nächsten Redaktions-
sitzung Holz mitbringen!!!

jö 3 weiterkämpfen
goldbach nicht aufgeben
bh einigt euch
und an den rest viele liebe grüße

den Preis 33
gegen Eben
sind Dreher
läuft immer
noch. Du. Dr.
Moabit, Turm-
str. 1, 1000
400

Wer nimmt mich und meine Klamotten noch dieses
Jahr mit nach Oldenburg? ELISABETH 6241737
Suchen "neue"-alte, billige, gute Fahrräder.
da Scholle alle zu Schrott gefahren hat.
Tel.: 6241737



nische auch
seite 10

den anti-atom-dörfeln
in HH und H und HB, be-
sonders dirk und detlev,
viele liebe grüße vom michael
aus bielefeld. hab euch bei der
rauch-haus-fete leider nicht
mehr getroffen, ansonsten
bommbige weihnachten.

melde dich bitte!!
ich habe dich im frühjahr 77 in London auf dem Porto-
Bello-Market getroffen, in Gatewick auf dem flughafen
und dann noch einmal auf der demo gegen das KW in
Spandau hier in Berlin! 751 91 89 gruß, gert!!
wir SUUUUCHEN immer wieder ne 8,9 Zi. wng
in 30, 61 oder ausgebaute Etage oder ..
teeleefon 4934762

ich suche immer noch folgende LP: 'SEVEN TEARS' von
Golden Earring. 751 91 89 (gert)

WERKSTATT-NOTIZEN

Der Kunsthandwerksverein be-
steht aus Leuten, die in verschie-
denen Werkstätten im Laden am
Oranienplatz 5 Schmuck und
Töpferwaren herstellen. Noch
lebt niemand davon und der La-
den steht oft leer. Wir suchen Leu-
te, die von ihrem Handwerk le-
ben wollen und keine Lust mehr
haben, alleine rumzuwurschteln.
Wir haben jede Menge Platz für
neue Werkstätten, kommt in
Scharen und wirt wie ihr wollt.
Günstige Termine: Handwerker-
Frühstück jeden Sonntag vormit-
tag und zum Tee jede Donner-
stagabend im Laden, Oranienplatz
5, Kreuzberg 36.
... allen Gerüchten zum Trotz gibt
es bei uns immer noch die Töpfer-
und die Schmuckwerkstatt!
Nach personellen und vertraglichen
Veränderungen (Nachmieter ist der
Kunsthandwerksverein e.V.) haben
wir nun noch ungenutzte Räume, die
Platz für neue Werkstätten bieten.
Auch Leute, die mit den schon vor-
handenen Geräten umgehen wissen
oder umgehen lernen wollen sind
gern gesehen-einzige Bedingung: Vereinsbeitritt. Wer
sich alles mal ansehen möchte, kommt am besten am
Donnerstag ab 20 Uhr zum Tee, oder am Sonntag so etwa
ab 12 Uhr beim Frühstück vorbei (diese Termine werden
jede Woche einigermassen eingehalten werden).

LADEN ORANIENPLATZ 5 BERLIN 36
Kammer Charly Brown

liebe leute!
entschuldigt, daß wir erst jetzt damit kommen, aber
auf der insel der seligen dauert alles ein bißchen
länger, aber jetzt sie ist da:
die erste österreichische anti- atomkraftwerkspl-
atte
während der letzten jahre sind in österreich im w
achehenden widerstand gegen das akw zwentendorf, da
s knapp vor der fertigstellung steht, und gegen 2
weitere geplanten akws lieder entstanden, die auf
der platte zu hören sind, zwischen den liedern gib
t es live-aufnahmen unserer bis jetzt größten d
e vom 12.6. in zwentendorf.
diese platte ist nicht das werk von "berufskünstl-
ern", sondern wurde in einem kollektiv engagierter
akw-gegner produziert, die für ihre mitarbeit kein
geld bekommen, sondern der reingewinn kommt aus-
schließlich der bewegung gegen akws zugute.
die 1. platte ist bereits beim trikont-verlag er
hältlich, ihr könnt sie aber auch direkt bei uns b
estellen (was bei einer größeren bestellung sowohl
für euch als für uns günstiger wäre). da wir uns
nicht allein auf den trikont-vertrieb stützen wol-
len würden wir euch bitten, etwas in eurer zeitung
(was wir hier mit auch tun) zu schreiben und wenn
ihr irgendwelche möglichkeiten des vertriebes übe-
r KIM BIs oder sonstige seht, wäre das eine feine
sache. seid bitte nicht böse, daß wir
euch nicht gleich eine platte schicken, aber wir
schreiben relativ vielen alternativzeitungen und
KIM BIs es haben schon viele leute nicht auf
unsere aussendungen reagiert, wenn ihr an der pla-
tte interessiert seid, schreibt uns bitte an:
kurt winterstein
franzensbrückenstr. 8/I/16
a-wien 102e
wir sind unter den telephonnrr. zu
043-222-57-70-095
043-222-26-27-772
mit akw-feindlichen grüßen
das plattenkollektiv

